

**Kieler Thesen**  
der Freien Demokratischen Partei

(Beschlossen auf dem Bundesparteitag  
in Kiel vom 6.-8. November 1977)

---

Quelle/Zitierweise: ADL, Druckschriftenbestand; Signatur D1-135  
Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-201

**F.D.P.**  
**Die Liberalen**

**KIELER  
THESEN**

zu

**WIRTSCHAFT IM SOZIALEN RECHTSSTAAT**

zu

**BÜRGER, STAAT, DEMOKRATIE**

zu

**BILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG DER  
JUNGEN GENERATION**

Beschlossen auf dem 28. ordentlichen Bundesparteitag  
der F.D.P. vom 6. bis 8. November 1977 in Kiel.

# KIELER THESEN

ZU

WIRTSCHAFT IM SOZIALEN RECHTSSTAAT

ZU

BÜRGER, STAAT, DEMOKRATIE

ZU

BILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG DER  
JUNGEN GENERATION

## Inhalt

	Seite
<b>Günter Verheugen: Liberales Programm – Liberale Praxis</b>	3
<b>Gerhart R. Baum: Einbringungsrede</b>	7
<b>Hans Friderichs: Einbringungsrede</b>	17
<b>Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat</b>	25
1. Abschnitt: Sozialstaat als Auftrag	25
2. Abschnitt: Leitlinien liberaler sozial verpflichteter Wirtschaftspolitik	27
3. Abschnitt: Wirtschaftswachstum aus liberaler Sicht	35
4. Abschnitt: Vollbeschäftigung aus liberaler Sicht	38
5. Abschnitt: Preisniveaustabilität aus liberaler Sicht	42
6. Abschnitt: Einkommens- und Vermögensverteilung aus liberaler Sicht	43
7. Abschnitt: Konjunkturpolitik durch Globalsteuerung	45
8. Abschnitt: Regionale Wirtschaftspolitik	46
9. Abschnitt: Schwerpunkte liberaler Ressourcenpolitik	47
10. Abschnitt: Liberale Verbraucherpolitik	50
<b>Bürger, Staat, Demokratie</b>	52
1. Abschnitt: Demokratie	52
2. Abschnitt: Bürger und Verwaltung	56
3. Abschnitt: Rechtsstaat	58
<b>Bildung und Beschäftigung der jungen Generation</b>	60

## Liberales Programm – liberale Praxis

Nicht auf jedem Parteitag muß die Welt neu geschaffen werden. Keine Partei muß alle paar Jahre epochemachende Beschlüsse fassen. Der Parteitag der Liberalen in Kiel sollte keine programmatische Neubesinnung, keinen Kurswechsel bringen, sondern in der Ausfüllung der Grundsätze von Freiburg konkrete Antworten auf offene Probleme geben.

Die F.D.P. hatte sich 1971 in Freiburg auch in ihrem Programm zu dem bekannt, was sie unter der Führung von Walter Scheel und Hans-Dietrich Genscher, unter dem Einfluß von Karl-Hermann Flach, Rolf Dahrendorf und Werner Maihofer seit 1968 geworden war: nämlich zur Partei des sozialen Liberalismus. Wenn man die Freiburger Thesen auf die eigentliche politische Idee zurückführt und den teils verwirklichten, teils überholten Aktionsteil außer acht läßt, dann geht es der F.D.P. seit Freiburg um die soziale Ausfüllung des Freiheitsbegriffs.

Nur insofern darf Kiel an Freiburg gemessen werden. Wer den Kieler Thesen dieselbe Bedeutung für das Zu-sich-selbst-Finden der F.D.P. beimessen wollte, wie den Freiburger Thesen, der mußte enttäuscht werden: Wohin, in aller Welt, sollte die F.D.P. sich denn nun schon wieder auf den Weg machen?

Die Beschlüsse von Kiel halten den Maßstab von Freiburg aus:

— Zum erstenmal ist in einem liberalen Parteiprogramm die Marktwirtschaft in ihrer sozialen Bedingtheit präzise beschrieben worden. Die Marktwirtschaft ist für Liberale keine heilige Kuh, sondern sie wird als das beste Instrument betrachtet, das wir kennen, um auch die materiellen Voraussetzungen für die Erfüllung der großen, ständigen und unveränderlichen liberalen Postulate in der Gesellschaftspolitik zu schaffen: mehr Freiheit, mehr Menschlichkeit, mehr Chancengerechtigkeit. Karl-Hermann Flach hat bei vielen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß die Marktwirtschaft für die Liberalen Instrument ist, nicht Ideologie.

Die liberale Methode, alle Instrumente immer wieder kritisch-rational auf ihre Nützlichkeit zu überprüfen, verlangt, daß auch die Marktwirtschaft so betrachtet wird. Dies ist in Kiel geschehen. Die F.D.P. ist ihrem Anspruch gerecht geworden: sie stellt die Bedürfnisse der Wirtschaft nicht über die Bedürfnisse des einzelnen.

Wir verwenden den Begriff Marktwirtschaft normalerweise mit zwei Beiwörtern: frei und sozial. Beide sind jetzt für die F.D.P. gleichrangig. Die Freiheit wurde bestätigt, die soziale Bindung stark ausgebaut.

Von einer Annäherung an die Programmatik der CDU kann überhaupt nicht gesprochen werden. Nur wer auf den uns (auch von einigen bei uns selbst) aufgeschwatzten Gegensatz zwischen Pro-

Marktwirtschaftlern und Anti-Marktwirtschaftlern hereingefallen ist, kann zu dem Fehlschluß kommen, das liberale Bekenntnis der F.D.P. zur Marktwirtschaft sei eine Annäherung an die CDU. Der programmatische Rückstand der Union ist gerade auf diesem Feld noch größer geworden. Bezeichnend die hilflose Reaktion der Unionsparteien: die F.D.P. habe ihre Gegensätze nur vertagt. 27 von 400 Delegierten haben dem Wirtschaftsprogramm nicht zugestimmt – deutet das auf Spaltung oder beweist es nicht im Gegenteil breiten Konsens?

- Der Parteitag hat in seinem ganzen Ablauf und auch in den entsprechenden Thesen gezeigt, daß die hohe Sensibilität in Rechtsstaatsfragen auch weiterhin das Gütesiegel der Liberalen bleibt. Hier hört jede Gemütlichkeit auf. Der Parteitag hat den liberalen Ministern und Abgeordneten den Rücken gestärkt: sie können Versuche, die an sie unter dem Oberbegriff „Gemeinsamkeit“ herantreten, nun besser widerstehen.
- Die Freien Demokraten haben sich auch in der Absicht gefunden, das Gespräch mit der jungen Generation wieder aufzunehmen. Nicht ohne Grund war die Frage nach den Zukunftschancen der jungen Generation ein Hauptthema des Parteitags. Der Dialog mit der Jugend wird aber nicht nur darüber geführt werden müssen, sondern das Thema dieses Dialogs ist die Zukunft unserer Freiheit. Nur so wird es möglich sein, die junge Generation für die ja wahrlich arg strapazierten Werte unserer Ordnung zu gewinnen.

Was hat der Kieler Parteitag außer programmatischer Klärung und Bestätigung der eigenständigen Position der F.D.P. an politischen Ergebnissen noch gebracht?

- Die F.D.P. hat Entscheidungskraft und Konsensfähigkeit bewiesen. Sie steht auf einem festen, gemeinsamen Fundament. Sie läßt sich nicht auseinanderdividieren in Nationalliberale und Sozialliberale, wie es der eine oder andere Kommentar vor dem Parteitag versucht hat.
- Die F.D.P. nimmt ihre Verantwortung als Regierungspartei ernst. Sie weiß, daß ihre Programmdiskussion keine politische Trockenübung war, sondern daß sie Einfluß hat auf die Machtverhältnisse hierzulande. Die F.D.P. hat eine drohende Kluft zwischen Regierungshandeln und Parteimeinung geschlossen. Sie hat damit einen bedeutenden Beitrag zur Stabilisierung der sozial-liberalen Koalition geleistet.
- Die F.D.P. hat ihre Strategie der Eigenständigkeit inhaltlich ausgebaut. Ihr von SPD und CDU unabhängiger politischer Standort wurde sichtbarer.
- Die Führungsautorität und integrierende Kraft von Hans-Dietrich Genscher hat sich erneut bestätigt. Die F.D.P. wird nicht autoritär geführt, sondern partnerschaftlich. Und nebenbei hat diese Art von Führung auch bewirkt, daß von per-

soneller Auszehrung in der F.D.P. keine Rede sein kann. In der F.D.P. hat der Tüchtige eine Chance. Die Namen Baum und Lambsdorff stehen für viele.

- Die F.D.P. will Programmpartei bleiben und sich gleichzeitig als Regierungspartei dem harten Vergleich von Programm und Praxis stellen. Auch in Zukunft wird sie für die notwendige Kontinuität der Programmarbeit **und** die notwendige Einbeziehung der gesamten Partei von Anfang an sorgen. Die Programmarbeit muß zugleich den Anspruch der F.D.P. verdeutlichen, die Partei der Nachdenklichen, der Sensiblen, der demokratisch Empfindlichen zu sein. Sie wird sich nicht abkapseln dürfen, sondern bewußt den Kontakt suchen müssen und den geistigen Austausch mit allen, die in diesem Sinne in unserem Land etwas zu sagen haben. Sie muß mit seismographischer Genauigkeit auf die Prozesse gesellschaftlichen Wandels reagieren und dafür sorgen, daß die Liberalen stets auf der Höhe der Zeit sind – nicht, indem sie Trends nachlaufen, sondern indem sie diese frühzeitig politisch gestalten. Unsere Programmarbeit soll unser liberales Gewissen sein, unbequem auch für die eigene Partei.

Ich meine, daß die Liberalen in Kiel ihre Chance genutzt haben.

**Günter Verheugen**

## Einbringungsrede von Gerhart Rudolf Baum

vor dem Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei am 7. November 1977 in Kiel

Liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren,

seit dem Freiburger Parteitag vor sechs Jahren hat es in unserer Partei immer wieder Versuche gegeben, die Kontinuität unserer Programmarbeit zu gewährleisten. Wir brauchen, auch unter veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten, den Mut zur Reform. Das reformerische Profil muß gerade in der Wirtschaftspolitik gewahrt bleiben. Die F.D.P. würde sich als Partei des modernen sozialverpflichteten Liberalismus aufgeben, wenn sie in der Wirtschaftspolitik sich nicht zu ihren Grundüberzeugungen bekennen würde. Ich stelle mit Befriedigung fest, daß die vier einleitenden Thesen „Sozialstaat als Auftrag“, die von meiner Kommission formuliert worden sind, jetzt Bestandteil des Programms sind. Sie schlagen den Bogen zu „Freiburg“. Die F.D.P. würde in der Regierung verkrusten, wenn sie nicht den Mut hätte, Programme zu entwerfen – auch auf die Gefahr hin, daß ihre Vertreter in den Regierungen einzelne Ziele nicht sogleich verwirklichen können. Die Partei muß Motor sein, muß auch den Mut haben, unbequeme Wahrheiten zu sagen, neue Lösungen zu diskutieren, neue Ziele anzustreben. In den letzten Jahren haben wir einige Etappen der Programmarbeit zurückgelegt: die „Muffendorfer Gespräche“ unter der Ägide von Ralf Dahrendorf, eine Programmdiskussion mit Martin Bangemann und schließlich die wichtige Phase der Perspektiv-Kommission unter Leitung von Werner Maihofer, die die Grundlage für die vorliegenden Entwürfe gelegt hat. Wir haben allen Grund, Werner Maihofer dafür zu danken. Erste Ergebnisse der Beratungen sind in das Programm zur Bundestagswahl 1976 eingeflossen. Ich möchte allen Mitgliedern der Perspektivkommission, und zwar Dieter Biallas, Hans Friderichs, Frau Liselotte Funcke, Helmut Haussmann, Burkhard Hirsch, Heino Kaack, Hans-Peter Knirsch, Georg Letz, Hermann Marx, Hans Wolfgang Rubin, Theo Schiller, Andreas von Schoeler, Rolf Schroers, Rolf Vieten und Hans-Herbert Wilhelmi herzlich danken, sowie Herrn Hense von der Bundesgeschäftsstelle und den Mitarbeitern der Theodor-Heuss-Akademie.

Alle diese Diskussionen haben deutlich gemacht: Die Zeit der auf Jahrzehnte angelegten Programmgemälde mit umfassenden Forderungskatalogen ist endgültig vorbei. Auch das Freiburger Programm bestand ja bereits aus Forderungen nach einzelnen konkreten politischen Reformen: Mitbestimmung, Vermögensbeteiligung, Erbschaftsabgabe, Umweltschutz.

Ziel der Perspektiv-Kommission war es daher, ausgehend von der Freiburger Grundposition des modernen Liberalismus und von einer Analyse der drängenden aktuellen Fragen, Richtungen für Lösungen aufzuzeigen. Es war ganz und gar nicht möglich, heute schon fertige Rezepte für die abzutragenden Problemgebirge bereitzuhalten. Aber

wir müssen den Mut haben, neue Probleme als **erste** Partei anzupacken. Nur so ist es der F.D.P. immer wieder gelungen, politische Konturen zu bekommen, so mit der schon zur Geschichte gewordenen ostpolitischen Offensive der 60er Jahre. Die vor uns liegenden Probleme lassen sich nicht mit geschäftigem Pragmatismus lösen. Die neuen Fragen, die die Bürger bewegen, erfordern grundsätzliche richtungsweisende Antworten – und solche Antworten lassen sich eben nur auf der Grundlage programmatischer Grundüberzeugungen geben. Hans-Dietrich Genscher hat uns gestern eindringlich an die Notwendigkeiten der Programmarbeit erinnert: Programmarbeit ist der Ausdruck der geistigen Vitalität der Partei und der Ausweis ihrer politischen Eigenständigkeit. Was Programmatik für die Liberalen bedeutet, hat uns die Wirkung des Freiburger Programms gezeigt. Seit Freiburg, also in nicht mehr als sechs Jahren hat sich die politisch-ökonomische Lage und vor allem das Bewußtsein einschneidend verändert.

Die Energiekrise des Jahres 1973 und der sog. Jom-Kippur-Krieg sind Ereignisse, die diesen Bewußtseinswandel nach außen dokumentieren. Die Zeit davor war geprägt durch hohe Wachstumserwartungen, steigenden Konsum, verlässliche internationale Bedingungen wie Freihandel und Konvertibilität und nationale Bedingungen wie Vollbeschäftigung und steigenden Wohlstand, unter Vernachlässigung und Verdrängung unangenehmer Dinge wie der Umweltverpestung.

Die Schlußfolgerungen des Club of Rome 1974 mußten deshalb schockieren: „zu viele Menschen, zu wenig Nahrungsmittel, zu viel vergeudete Energie, zunehmend gefährdete Umweltbedingungen und darum keine ausgewogene Entwicklung. Die großen Lücken zwischen Mensch und Natur und zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern machen Katastrophen wahrscheinlich, die die Welt erschüttern werden“.

Nun sind wir nicht geneigt, derartigen Weltuntergangsprophetien unkritisch zu folgen. Die Entwicklung auch in unserem Lande zeigt aber in der Tat einen deutlichen Wandel. Er ist u. a. markiert durch eingeschränkte Wachstumserwartungen, durch eine sich immer mehr verfestigende Arbeitslosigkeit in bisher nicht gekannter Größenordnung. Hinzu kommen die spezifischen Probleme der geburtenstarken Jahrgänge, die es notwendig machen, im Laufe eines Jahrzehnts bis zur zweiten Hälfte der 80er Jahre für rund 2 Mio Menschen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten bereitzuhalten und für 1 bis 2 Mio junger Menschen die Bildungschancen zu sichern.

Meine Parteifreunde, dies ist nicht nur ein Problem der Bildungs- oder Beschäftigungspolitik. Dieses Problem hat eine größere, tiefergehende Dimension. Ein Vertrauen in unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung können wir von unseren jüngeren Bürgern nicht erwarten, wenn ihnen schon zu Beginn ihres eigenverantwortlichen Lebensweges in Schule, Hochschule und Beruf soziale Chancen versagt werden. Wir können aus Verantwortung für die junge Generation nicht hinnehmen, daß z. B. die Türen der Hochschulen denen versperrt bleiben, die zufällig einem geburtenstarken Jahrgang angehören, daß junge Menschen

keine Lehrstellen erhalten, weil sie jetzt und nicht vor zehn Jahren die Schule verlassen haben. Staatsverdrossenheit bis hin zur Ablehnung unserer freiheitlichen Ordnung ist die absehbare Folge, wenn wir dieser Verantwortung nicht gerecht werden. Jugendarbeitslosigkeit, Numerus clausus usw. sind Probleme, die wir um der Erhaltung unserer freiheitlichen und demokratischen Ordnung willen lösen müssen.

Wir können zufrieden feststellen, daß es ein außerordentliches Verdienst dieser Bundesregierung ist, die Inflationsgefahr unter den gegebenen Umständen nahezu gebannt zu haben. Wir müssen aber mit Sorge feststellen, daß das Ziel „Vollbeschäftigung“ ernsthaft gefährdet ist, — auch wenn die Arbeitslosenrate noch unter dem europäischen Durchschnitt liegt,

— auch wenn wir nicht nur auf die absoluten Zahlen starren dürfen, sondern die gegebene Arbeitslosenstatistik sehr viel differenzierter betrachten müssen, können wir uns mit dem Erreichten nicht zufrieden geben.

Daher muß es in der gegenwärtigen Situation vorrangiges Ziel sein, Vollbeschäftigung zu erreichen und dauerhaft zu sichern. Es gibt einen elementaren Anspruch des einzelnen, eine sinnvolle Beschäftigung zu erhalten. Recht auf Arbeit ist ein soziales Grundrecht, das den Staat und die Tarifvertragsparteien zum Handeln verpflichtet.

Wie schaffen und sichern wir für arbeitssuchende Jugendliche, ältere Angestellte und Frauen genügend Arbeits- und Ausbildungsplätze? Der harte Kern der Arbeitslosen, die mehr als 1 Jahr arbeitslos sind, hat sich inzwischen auf 18% erhöht. Besorgniserregend ist, daß ein um 3% gewachsenes Bruttosozialprodukt nicht dazu geführt hat, mehr Arbeitskräfte zu beschäftigen – im Gegenteil. Die heute bestehende Arbeitslosigkeit ist nicht nur konjunkturbedingt, sie ist in weiten Teilen Folge eines noch nicht vollzogenen Strukturwandels. Die Frage, wie wir heute **innerhalb** unserer Marktwirtschaft in erfolversprechender Weise beschäftigungspolitische Ziele verfolgen, müssen wir auf diesem Parteitag entscheiden. Der Arbeitskreis Wirtschaft hat die Basis für einen tragfähigen Kompromiß dazu gelegt. Von den strittigen Vorschlägen der Perspektivkommission sind die wichtigsten in die Kieler Thesen aufgenommen worden:

- die Anerkennung, daß Grundlagen liberaler Wirtschaftspolitik Markt und Wettbewerb sind, **soweit sie Freiheit verwirklichen** (2. Abschnitt These 4, letzter Absatz).
- die Notwendigkeit des sogenannten qualitativen Wachstums (3. Abschnitt These 1, 2. Absatz).
- die Feststellung, daß Wachstum voraussichtlich die Probleme der strukturellen Arbeitslosigkeit allein nicht einer Lösung zuführen kann und daß daher liberale Beschäftigungspolitik neue und ggfs. unbequeme Wege der gezielten Wirtschaftsstrukturpolitik gehen muß (4. Abschnitt These 3, Absatz 4 und 5).
- Anerkennung der Notwendigkeit, bessere Rahmenbedingungen für den notwendigen strukturellen Wandel zu schaffen (4. Abschnitt These 4).

Die Perspektiv-Kommission setzt auf marktwirtschaftliche Lösungsvorschläge. Wir setzen zunächst auf arbeitsplatzschaffende Maßnahmen, auf eine Ausweitung des Arbeitsplatzangebots. Die Perspektiv-Kommission präzisiert diese wirtschaftspolitische Hauptaufgabe: es müssen geeignete Rahmenbedingungen bereitgestellt werden für eine beschäftigungsintensivere Wachstumspolitik. Eine solche den notwendigen strukturellen Wandel nützende und beschleunigende Beschäftigungspolitik fördert vor allem solche Wachstumssektoren, die im Verhältnis weniger Aufwand an Energie und Rohstoffen notwendig machen, die aber verstärkt menschliche Initiative, Wissen, Innovations- und Organisationsfähigkeit erfordern.

Wir müssen unsere Politik auf qualitative Ziele ausrichten wie energie- und rohstoffsparende, menschengerechte und umweltfreundlichere Fertigungen. Um die Richtung anzudeuten: Wir müssen Produkte oder Dienste mit höherem know-how und damit größerer Wertschöpfung entwickeln. Nur so wird es uns gelingen, das in unserem Lande verfügbare Potential an gut ausgebildeten Menschen zu nutzen. Dieses Kapital an know-how müssen wir nutzen – auch wenn dies Schwierigkeiten machen wird in einem Lande, in dem die Arbeitskosten hoch sind. Wir müssen also eine Wirtschaftsstruktur finden, „die hohe Arbeitskosten mit Vollbeschäftigung verträglich macht“. Natürlich sind die Schwierigkeiten zur Erreichung der Vollbeschäftigung nicht die Folge des Versagens der marktwirtschaftlichen Ordnung, wie auch die Feststellung nachdrücklich zu bestreiten ist, daß die Arbeitslosigkeit auf „zu wenig“ Marktwirtschaft zurückgeht. An diesen Gespensterfronten kämpfen wir nicht. Innerhalb der Marktwirtschaft bedarf es jedoch neuer Wege einer spezifischen und aktiven Arbeitsmarktpolitik so wie sie im Maßnahmenkatalog der F.D.P.-Bundestagsfraktion bereits angelegt ist

- im Bereich der Arbeitsförderung (Förderung der Mobilität),
- der Rentenversicherung (Herabsetzung der Altersgrenze für spezifische Gruppen),
- Ausbau der Dienste der Bundesanstalt für Arbeit,
- stärkere Einschaltung des öffentlichen Dienstes (Teilzeitarbeit, Einstellung zusätzlicher Kräfte in verschiedenen Bereichen),
- Berufliche Bildung (10. Pflichtschuljahr),
- Erprobung flexibler Ladenschlußzeiten,
- Bekämpfung der Schwarzarbeit,
- Abbau der Überstunden,

um nur einiges zu nennen. Dieser Katalog muß noch fortentwickelt werden! Wir müssen uns auch fragen, wenn die beschriebenen Mittel nicht ausreichen, ob nicht Maßnahmen zur Verringerung der Lebensarbeitszeit ergriffen werden müssen.

Diese Politik bliebe unvollständig, würde nicht gleichzeitig die Kostenbelastung – und damit die Investitionsfähigkeit – der Unternehmen beachten. Aber das eine ist zu tun **und** das andere, sonst – so fürchte ich – werden wir keinen Erfolg haben und es wird doch die Meinung um sich greifen, daß dieses System nicht in der Lage sei, elementaren

menschlichen Bedürfnissen z. B. nach einem sicheren Arbeitsplatz Rechnung zu tragen.

Liberaler bejahen daher die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum. Sie sehen Wirtschaftswachstum als Ergebnis des Marktprozesses innerhalb vorgegebener Rahmenbedingungen. Liberale Wirtschaftspolitik kann sich nicht einseitig an Bruttosozialproduktwachstum und an rein materiell verstandenem Wohlstand orientieren. Die Bewertung wirtschaftlichen Wachstums muß noch stärker als bisher an sozialen Indikatoren und qualitativen Maßstäben erfolgen

- wie Umweltverträglichkeit,
- verstärkt sparsamer Umgang mit Rohstoffen und Energie,
- humanere Arbeitsbedingungen,
- Schutz des Verbrauchers,
- gerechtere Verteilung der Zuwächse.

Eine stärkere Gewichtung der qualitativen Maßstäbe bei der Bewertung des Wirtschaftswachstums, „eine Ökonomie des Haushaltens“, ist also unerlässlich.

C. F. von Weizsäcker hat es deutlich ausgesprochen: „In den Industrieländern ist eine geringe Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts zu akzeptieren: die aus ihr folgende qualitative Umstrukturierung der Wirtschaft ist zu wollen und zu fördern.“

Es wäre also ganz und gar unzutreffend, die Diskussion auf die Alternative „Mehr oder weniger Staat“, oder „Mehr oder weniger Markt“ zu verengen. Das auf Leistung und Wettbewerb beruhende Prinzip der Marktwirtschaft, in der jeder selbst entscheidet, was er für sein persönliches Glück hält, ist ein konstitutives Element dieser freien Gesellschaftsordnung. Markt und staatliche Rahmensetzung sind jedoch nicht Gegenpole, sondern sie ergänzen sich. Das naive und unbegrenzte Vertrauen des klassischen Liberalismus in den Selbstlauf der privaten Wirtschaft besteht längst nicht mehr. Marktwirtschaft ist ohne staatlichen Schutz gar nicht vorstellbar, jedenfalls wäre sie nicht sozial. Für das Funktionieren der Marktwirtschaft, für gerechte und soziale Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Prozesses trägt der Staat Verantwortung.

Der Perspektiv-Kommission geht es daher nicht um **Ausweitung** der Staatstätigkeit, sondern um Verbesserung der staatlichen Entscheidungsfähigkeit.

Wir Liberale wissen: der Staat hat eine freiheitsgefährdende Komponente: Bürokratie wuchert aus, der Bürger fühlt sich eingeengt und bevormundet, übersteigertes Ordnungsdenken gefährdet die Freiheit – man denke nur an CDU/CSU-Vorschläge auf dem Felde der Inneren Sicherheit. Liberale setzen demgegenüber auf die Freiheit des einzelnen. Sie setzen auf die Fähigkeit zur Selbstverantwortung und Eigeninitiative.

Der Staat hat aber auch eine unverzichtbare freiheitssichernde Aufgabe.

Die Demokratisierung des Staates durch den Liberalismus vollzog sich – worauf Friedrich Naumann hingewiesen hat – nach dem Grundsatz

1. der Staat sind wir alle;
2. der Staat darf nicht alles.

Liberalismus ist als politische Kraft entstanden im Kampf gegen den absoluten Staat: Der Staat darf nicht alles. Freiheit heißt aber heute nicht nur Freiheit als Abwesenheit von staatlichem Zwang, sondern auch Freiheit durch staatliche Leistung.

So muß Freiheit eben auch verstanden werden als Freiheit von Not. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe kommt zum Ausdruck: der Staat sind wir alle.

Der Staat muß schützen vor den freiheitsbedrohenden Tendenzen der Machtgruppierungen in unserer Gesellschaft – die Verbändediskussion und die Diskussion über Pressekonzentration haben hier ihre Wurzel. Freiheit und Glück des Menschen sind für einen solchen sozialen Liberalismus – heißt es in den Freiburger Thesen – nicht einfach nur eine Sache gesetzlich gesicherter Freiheits- und Menschenrechte, sondern gesellschaftlich erfüllter Freiheiten und Rechte. Nicht nur auf Freiheit und Rechte als bloß formale Garantie des Bürgers gegenüber dem Staat, sondern als soziale Chancen in der alltäglichen Wirklichkeit der Gesellschaft kommt es an.

Hätten wir mit dieser Forderung der Freiburger Thesen früher Ernst gemacht, hätte sich die Benachteiligung der Frauen in unserer Gesellschaft nicht solange fortsetzen können. In der Bildungspolitik müssen wir uns fragen, ob wir dieser Forderung der Freiburger Thesen gerecht geworden sind. Das Recht auf Bildung als liberales Bürgerrecht, das ja einer der unverwechselbaren Programmpunkte der F.D.P. darstellt, ist gesellschaftlich nicht erfüllt, wenn eine Zentralbehörde darüber entscheidet, wer studieren darf und wer nicht.

Wir setzen den sozialistischen Lösungsmodellen die These vom freiheitlichen Sozialstaat entgegen und bekennen uns ausdrücklich zur Reform des Kapitalismus. Wir wollen ein auf privates Eigentum begründetes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem durch Aufhebung der Ungleichgewichtigkeit des Vorteils und der Einschränkung wirtschaftlicher Machtballung leistungsfähig und menschlich gestalten. Hans-Dietrich Genscher hat gestern gesagt: „Die marktwirtschaftliche Ordnung ist keine Bastion für konservative Wertvorstellungen.“ Ich füge hinzu: wir müssen sie fortentwickeln und der Dynamik des Wandels anpassen. Diese Aufgabe stellt sich heute mit genau der gleichen Dringlichkeit wie im Jahre 1971.

Im Laufe des nächsten Jahrzehnts erreichen die Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge die Altersstufe, auf der endgültig über ihre **Bildungschancen** und damit zugleich über ihre weiteren Lebenschancen entschieden wird. Wir müssen uns der Herausforderung stellen, im nächsten Jahrzehnt für 1–2 Mio junger Menschen Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Eine Forderung ist für

Liberaler unverzichtbar: die Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge haben den gleichen Anspruch auf Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten wie die Generationen vor und nach ihnen. Es gibt kein „zurück“ zu einer Bildungspolitik, in der es für 90 % unserer Bürger keinen Bildungsaufstieg gab, wie das die CDU gerne sehen möchte. Für Liberale ist Bildung mehr als nur Vorbereitung auf künftige Pflichten. Sie ist Teil menschlicher Selbstverwirklichung. Auch hier darf der Staat nicht reglementieren. Die bürokratische Verteilung von Lebenschancen durch den Numerus clausus ist eine Einengung persönlicher Freiheit, mit der wir uns nicht abfinden können. Wir kommen also gar nicht daran vorbei, die Ausbildungskapazitäten in Schule, Hochschule und Beruf in den nächsten Jahren auszuweiten.

Ein besonderer Schwerpunkt muß die in den Bildungsdiskussionen lange vernachlässigte Berufsbildung sein, also der Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten und der Berufsschulen und Berufsfachschulen.

Auch die Qualität der Ausbildung muß verbessert werden. Insbesondere die Einführung des Berufsbildungsjahres soll eine angelegte Einführung in jeweils ein umfassendes Berufsfeld ermöglichen. Weniger als früher wird die Anwendung einmal erworbener Qualifikationen im Verlauf des Berufslebens ausreichen.

Vielleicht gelingt es uns dann auch, manche von falsch verstandenem Sozialprestige und ungerechtfertigten Einkommenserwartungen geprägten Vorstellungen über das Hochschulstudium abzubauen. Eine wäre allerdings völlig inkonsequent: würde man das Recht auf Bildung verteidigen, ohne die notwendigen Konsequenzen im Beschäftigungsbereich zu sehen. Das Ungleichgewicht zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem muß beseitigt werden. Vor allem müssen wir bereit sein, Ausbildungssystem und Berechtigungsdenken zu entkoppeln, d. h. Entkoppelung von formalem Bildungsgrad und Einkommenshöhe.

Für den öffentlichen Dienst heißt das: eine Revision des Laufbahn- und Vergütungssystems ist in die Wege zu leiten; die Herabsetzung der Eingangsbesoldung ist ins Auge zu fassen; die Besoldung darf sich nicht allein an der Studiendauer orientieren. Der öffentliche Dienst trägt in der Beschäftigungspolitik eine besondere Verantwortung. Ein Mißverständnis müssen wir allerdings vermeiden: die Aufgabenexpansion des Staates findet ihre Grenzen im gesellschaftlichen Bedarf an öffentlichen Leistungen. Das ist keine feststehende Größe. Sie unterliegt der politischen Entscheidung. Es gibt Funktionsbereiche des öffentlichen Dienstes, in denen eine Erweiterung und eine Verbesserung des Leistungsangebots vorgenommen werden kann und muß. Hier sind die sozialpflegerischen Berufe und die Gesundheitsberufe zu nennen, bei denen die Arbeitslosigkeit schon relativ hoch ist, aber auch die Arbeitsverwaltung, die Finanzverwaltung und der Bereich der öffentlichen Sicherheit.

Zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten können auch durch Teilzeitbeschäftigung geschaffen werden. So streben wir nachdrücklich eine

generelle Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung für Beamte an – und zwar nicht aus arbeitsmarktpolitischen, sondern aus gesellschaftspolitischen Gründen.

Wenn auch die derzeitige Akademikerarbeitslosigkeit noch zu einem guten Teil ein konjunkturelles Phänomen ist, so zeichnen sich doch für die Zukunft Entwicklungstendenzen ab, die bedrohlich sind. Rund 50 % aller Akademiker wurden bisher vom öffentlichen Dienst aufgenommen (40 % der Mediziner, über 50 % der Juristen und 90 % aller Lehrer). 1970 wurden sogar 70 % der Hochschulabsolventen in den öffentlichen Dienst eingestellt. Wenn wir es bei der jetzigen Einstellungspraxis belassen, so würden es 1980 aber nur noch ca. 32 % und 1985 nur noch 15 % der jeweiligen Abschlußjahrgänge sein können.

Die notwendigen Entscheidungen in der Wachstumspolitik, in der Beschäftigungspolitik und in der Bildungspolitik müssen nicht nur gefällt, sie müssen auch von den Bürgern verstanden und mitgetragen werden. **Der demokratische Rechtsstaat** wird die schweren Probleme der Zukunft nur dann beherrschen, wenn die Entfremdung des Bürgers aufgehoben und ihm das Bewußtsein davon vermittelt wird, daß er grundgesetzlich gesicherte Freiheits- und Teilhaberechte verwirklichen kann.

Die Vielfalt und gegenseitige Abhängigkeit der Lebensverhältnisse einer arbeitsteiligen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft macht es zunehmend schwieriger, die Interessen vieler so zu berücksichtigen, daß andere Interessen nicht beeinträchtigt werden. Auch der einzelne Bürger kann sich in der vielschichtigen Organisation des modernen Rechts- und Sozialstaates kaum noch eine ausreichende Übersicht über die politischen Entscheidungsprozesse und ihre Auswirkungen verschaffen. Das entfremdet ihn vom Staat ebenso wie von den politischen Parteien und mindert die Legitimation demokratisch getroffener Entscheidungen. Die Menschen beginnen sich als Sklaven der Instrumente ihres Fortschritts zu fühlen.

Das Aufkommen der Bürgerinitiativen ist ein Anzeichen für den wachsenden Zweifel an ausreichenden Mitwirkungsmöglichkeiten im demokratischen Willensbildungsprozeß. Die Bürger verlangen, daß ihre Interessen und Bedürfnisse vorrangig Beachtung finden.

Liberaler Demokratie erfordert eine Vielfalt politischer Entscheidungs- und Beteiligungsformen. Das von den Liberalen bejahte Modell der repräsentativen Demokratie ist zur Findung von Entscheidungen unersetzbar. Dezentrale Aufgabenverteilung ermöglicht andererseits mehr direkte Beteiligung und Entscheidung der Bürger als dies heute der Fall ist. Diese Möglichkeiten müssen genutzt werden.

Daraus folgt:

- Liberale sehen in den **Parlamenten** die Träger umfassender politischer Verantwortung. Die Parlamente müssen ihre Befugnisse stärker nutzen. Wir wollen Parlamente, die sich ihrer politischen Verantwortung bewußt sind. So fordern wir, daß Bundestag und Landesparlamente endlich auch über Kernenergie entscheiden und nicht die Diskussion allein den Bürgern überlassen.

- Liberale verfechten den **Föderalismus**.

Föderalismus ist das Instrument der bundesstaatlichen Gewaltenteilung und Machtbegrenzung, das nur Liberale aus diesem Grunde bejahen. Dort aber, wo die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse einheitliche Regelungen wünschbar macht, sind die Zuständigkeiten von Bund und Ländern neu zu überdenken. Die Grauzonen der Vereinbarungen und Absprachen zwischen Bund und Ländern geht auf Kosten der Parlamente.

Es geht nicht darum, mehr Bundeskompetenzen zu schaffen – im Gegenteil. Es geht nicht um zentralistische Stärkung des Bundes, sondern um ein mehr an parlamentarischer Verantwortung, auch und gerade der Landesparlamente.

- Liberale wollen durch klare Wahrnehmung der Zuständigkeiten von Regierung und Parlamenten in politischen Grundsatzfragen die **Gerichte** davor bewahren, über ihren eigentlichen Auftrag hinaus politisch zu wirken.

Die Parlamente dürfen sich nicht aus der politischen Verantwortung abmelden und den Gerichten die Arbeit überlassen.

- Liberale Politik hält die Tätigkeit von **Verbänden** in der freien Gesellschaft für notwendig. Sie verkennt aber nicht, daß Verbände Einzelinteressen vertreten, die mit den allgemeinen Interessen kollidieren können. Ziel liberaler Politik muß es folglich sein, Übermacht, Verselbständigung und Mißbrauch organisierter Interessen zu begegnen. Am staatlichen Willensbildungsprozeß sollten nur solche Verbände beteiligt werden, deren demokratische Legitimation unzweifelhaft ist.

- Liberale bejahen die Beteiligung des Bürgers in **Bürgerinitiativen**. Sie sehen aber auch die Notwendigkeit, daß der für das Funktionieren des Gemeinwesens notwendige Interessenausgleich gefunden werden muß.

Dabei geht es um die **Institution** Bürgerinitiative, nicht um die Bewertung von Zielsetzungen von Bürgerinitiativen. Das Instrument Bürgerinitiative als Ausdruck der Selbstorganisation des mündigen Bürgers **müssen** Liberale aus ihrem Selbstverständnis heraus bejahen, auch wenn Bürgerinitiativen unbequem sein können. Machen wir uns nichts vor: Bürgerinitiativen, die ein in der Verfassung niedergelegtes Grundrecht in Anspruch nehmen, können wir nicht an Gemeinwohlkriterien binden, so wünschenswert es im Einzelfall sein mag. Dies ist und bleibt Aufgabe der Parteien.

- Liberale fordern die Stärkung der **unmittelbaren demokratischen Rechte** der Bürger. Das Volksbegehren ist eine wichtige Form der direkten Bürgerbeteiligung.

Ich möchte eine abschließende Bemerkung machen: Wir wollen die großen Schwierigkeiten, die sich in den nächsten Jahren auf den verschiedenen Feldern unserer Innenpolitik stellen, mit liberalen Mitteln lösen. Wir wollen verhindern, daß die Kräfte in den beiden anderen Parteien sich verbinden, die geneigt sind, in schwierigen Situationen eher zu freiheitseinschränkenden Lösungen zu kommen. Wir wollen

keine staatlich verordneten Investitionsentscheidungen, auch keinen Staat, der zu ständestaatlichen Vorstellungen und Geisteshaltungen zurückkehrt und dies mit der Formel vom „sozialen Wohlbefinden“ garniert.

Wir müssen humane Ziele der Gesellschaft in Einklang bringen mit der Effizienz der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Die Debatte um den Terrorismus und seine Wurzeln, der Mißbrauch, der mit dem Wort „Sympathisant“ getrieben wurde, hat uns mit Deutlichkeit gezeigt: unser Staat hat noch mehr zu tun, als für günstige ökonomische Bedingungen zu sorgen. Es sind seine Liberalität, seine Toleranz und seine Humanität, die ihm die moralische Kraft geben, um in Freiheit und Gerechtigkeit zu bestehen.

## Einbringungsrede von Hans Friderichs

Herr Parteitagpräsident! Sehr verehrte Damen, meine Herren! Liebe Parteifreunde! Ich beziehe mich, was das Prozedurale angeht, auf das, was Gerhart Baum vorgetragen hat. Die Delegierten des Bundestages 1975 in Mainz erteilten der Wirtschaftskommission bzw. der „Programmkommission Wirtschaftspolitik“ den Auftrag, ein grundsätzliches und längerfristig angelegtes wirtschaftspolitisches Programm zur Erweiterung der Freiburger Thesen zu erarbeiten.

Ich glaube, daß die Kommission diesen Auftrag erfüllt hat. Leider ist das Papier in der späteren Diskussion mit meinem Namen versehen worden, was ich im Namen der Mitglieder der Kommission für ungerne rechtfertigt halte, denn in sechs Arbeitsgruppen und einer Vielzahl von Arbeitspapieren haben die Parteifreunde dieses Programm erarbeitet, und ich möchte daher hier den Parteifreunden, die Mitglied dieser Kommission waren, nämlich Hermann Arning, Gerhart Baum, William Borm, Dieter Fertsch-Röver, Liselotte Funcke, Karl-Heinrich Hansmeyer, Friedrich Wilhelm Hölscher, Klaus-Jürgen Hoffie, Peter Hürner, Victor Kirst, Jürgen Kunze, Ulrich Krüger, Ingrid Matthäus, Otto Graf Lambsdorff, Uwe Ronneberger, Hansheinrich Schmidt, Helga Schuchardt und Walter Peters sehr herzlich dafür danken, daß das Papier zustandekam,

(Beifall)

und möchte in den Dank einschließen die beiden – wenn ich es so formulieren darf – hauptamtlichen Mitarbeiter, Frau Dr. Barbara Toillié, die ihre Assistententätigkeit an der Universität Mainz vorübergehend unterbrochen hat, und Peter Schumacher, der seine Assistententätigkeit in einem bedeutenden Unternehmen der deutschen Wirtschaft ebenfalls vorübergehend unterbrochen hat.

(Beifall)

Die Kommission hat sich zunächst die Frage gestellt, mit welchen grundsätzlichen Schwierigkeiten die Wirtschaftspolitik konfrontiert ist und welchen Herausforderungen sie sich in den nächsten Jahren stellen muß. Dabei wurde das Spannungsverhältnis zwischen den politischen Zielen offenbar. Die Kommission hat deutlich gemacht, daß die Probleme komplex sind, insbesondere weil unterschiedliche politische Ziele gegeneinander abzuwägen sind: wie zum Beispiel das Ziel der Vollbeschäftigung, aber auch der Schutz der liberalen Freiheitsrechte wie beispielsweise Tarifautonomie, freie Berufswahl, Konsumentensouveränität.

Integration der Arbeitsmärkte in der Europäischen Gemeinschaft – auch ein Problem deutscher Vollbeschäftigungspolitik –, weltweite Veränderung der Arbeitsteilung zwischen bisherigen Industrie- und bisherigen Entwicklungsnationen gehören ebenso hierhin wie das Thema „Abwehr des Protektionismus“, auch wenn dies für uns mit Problemen verbunden ist.

Wachstum sei notwendig – dabei denkt im Augenblick jeder an das Wort Beschäftigung. Die Wirtschaftskommission hat dies nicht als einzige Voraussetzung gesehen, sondern sie war vielmehr der Meinung, daß Wachstum notwendig sei zur Milderung der nationalen und internationalen Verteilungskämpfe, zur Erfüllung der Anforderungen des Bildungs- und Gesundheitswesens, zur Förderung der Forschung, der Kultur. Aber schließlich hat sie auch erkannt, daß die Umwelt auf der einen Seite nicht zerstört werden darf, Wachstum aber erforderlich ist, um sie zu erhalten, daß Ressourcen nicht verschwendet werden dürfen und schließlich die Sicherheit der Bürger Vorrang hat.

Bei diesem Teil der analytischen Arbeiten haben Trendprobleme eine Rolle gespielt, die ich hier nur stichwortartig erwähne: Bevölkerungsentwicklung – abnehmende Gesamtzahl bei zunehmender Anzahl der Erwerbspersonen –; Bildung – die daraus resultierenden Probleme für Ausbildungsplätze, Arbeitsplätze, Rentenversicherung –; Niveau und Strukturveränderungen der Nachfrage – meine Freunde, ein Punkt, den wir, je höher der Lebensstandard ist, desto deutlicher sehen müssen, denn Nationen, wie zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika, kennen seit Jahren – um nicht zu sagen: seit Jahrzehnten –, daß auf einem sehr hohen Niveau Nachfrageveränderungen ruckartig aus emotionalen Gründen auftreten können und auf eine mitunter starre Produktionsstruktur treffen.

Größere Schwankungsdauer und Schwankungsbreite der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage; Ankoppelung von Sparen und Investieren in der Volkswirtschaft; politische Ursachen für Trendbrüche, wie Ölpreise, verspätete Wechselkursanpassungen; Rohstoff- und Energieversorgung – Folgeprobleme einer sich weltweit verschiebenden Arbeitsteilung.

Zu den Leitlinien liberaler Wirtschaftspolitik! Der Leitgedanke für Liberale bei der Lösung der Probleme – so ist es Gegenstand des Wirtschaftspapiers – ist, Freiheitsräume zu erweitern, Chancengleichheit auszubauen und den Wettbewerb der Ideen aufrechtzuerhalten und zu fördern.

Grundlagen liberaler Wirtschaftspolitik sind Markt und Wettbewerb, denn eine dezentrale Organisation der Entscheidungen eröffnet dem einzelnen als Arbeitnehmer, Konsument und Investor größtmögliche Freiheitsräume. Dies ist ein leistungsfähiges System für die Versorgung der Verbraucher. Datenänderungen werden in diesem System schneller signalisiert als in anderen, kurzum: Es ist ein Frühwarnsystem; es ist anpassungsfähiger als andere. Und schließlich: Wenn der Staat das System nicht daran hindert, hat es einen perfekten Sanktionsmechanismus durch Entzug von Gewinn bis hin zur härtesten Strafe, nämlich dem Konkurs.

Fazit: Hohe Problemlösungskapazität des Marktes! Diese Grundeinstellung hat die Wirtschaftskommission veranlaßt, bei der Lösung von auftretenden Problemen dem Markt die Priorität vor staatlichen Eingriffen einzuräumen.

Die Notwendigkeit der Arbeitsteilung zwischen Staat und privater Wirtschaft wird von der Kommission gesehen. Die Staatsquote allein ist

kein Indikator zur Beurteilung von zu viel oder von zu wenig Staat. Entscheidend ist vielmehr, ob durch Staatstätigkeit Freiheitsräume erweitert oder eingeschränkt werden.

Dazu gehört staatliche Rahmensetzung: Zum Beispiel Wettbewerbspolitik – Entstehen von Marktmacht verhindern, Wettbewerbsbeschränkungen abbauen, Märkte offenhalten, keinen Naturschutzpark für einzelne Branchen schaffen – Verteilungsausgleich –. Hierhinter verbirgt sich, das Transfersystem zu überprüfen und die Vermögenspolitik auszubauen –. Schließlich: Konjunkturpolitik durch Globalsteuerung und Steuerung der Strukturen und des Strukturwandels grundsätzlich über den Markt, d. h. entsprechend den sich wandelnden Wünschen der Verbraucher.

Und hier sehe ich auch das unmittelbare Korrelat dieser Wirtschaftsordnung zur Demokratie, daß nämlich nicht von Apparaten und Behörden entschieden wird, sondern in einem täglichen Abstimmungsprozeß von den Verbrauchern selbst. Und dieses System hat den Vorzug, daß bei dem Abstimmungsprozeß über den Markt auch Minderheiten ihre Konsumentenwünsche zur Geltung bringen können. Denn dieser Markt produziert eben auch für kleine Minderheiten, auch für Minderheiten unterhalb der 5%-Nachfrageschwelle, während wir im statlichen Bereich, um Anarchie zu verhindern und ein funktionsfähiges System zu haben, auf einen 51 : 49-%-Mechanismus angewiesen sind, nämlich 51 % können in der Demokratie bestimmen, was 100 % zu tun haben. Der Markt hingegen erlaubt auch kleinen Minderheiten, sich Geltung zu verschaffen. Deswegen, sind wir der Meinung, ist es ein liberales, ein urliberales Prinzip.

Konkretisierung der Leitlinien in den Schwerpunktbereichen: Priorität für den Markt; das Wort vom „Markt als Problemlösungsmechanismus“ findet seinen Niederschlag in den Forderungen zur Vollbeschäftigung – eine Erhöhung des Arbeitsplatzangebotes durch Wachstum, das auf wettbewerbsfähigen Kapazitäten beruht –, im Umweltschutz –, Verursacherprinzip! –. Aber wir sollten es uns mit dem Begriff des Verursacherprinzips nicht zu leicht machen, denn es lenkt ein bißchen davon ab, wer wirklich die Kosten einer besseren Umwelt zu tragen hat. Wenn wir die Kosten dem Verursacher unmittelbar anlasten, der chemischen Industrie, der Elektrizitätserzeugungsindustrie, dann darf das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Kosten vom Erzeuger – soweit der Markt dies erlaubt – auf den Verbraucher weitergewälzt werden.

(Zustimmung)

Oder anders ausgedrückt: Wer mehr Umweltschutz will, soll den Menschen sagen, daß sie dafür einen Teil des ihnen sonst für andere Zwecke zustehenden Sozialprodukts zu verwenden haben.

(Beifall)

Dies ist die Kehrseite der Medaille. Ich bekenne mich dazu; wir bekennen uns dazu. Aber wir sollen nicht so tun, als ob es die böse oder wie auch immer qualifizierte Industrie trage. Nein, meine Freunde, bei funktionsfähigem Markt gehen die durch Umweltauflagen erhöhten Produktionskosten auf den Verbraucher weiter, d. h. er finanziert

durch Konsumverzicht an anderer Stelle seine verbesserte Umwelt. Wir sind dafür; deswegen haben wir es so hereingeschrieben.

Schließlich: Die Forderung nach Chancengleichheit findet in den Aussagen zur Betriebsgrößenstrukturpolitik, zur Regionalpolitik und zur Forschungsförderung ihren Niederschlag.

Ein Wort noch zum Procedere! Nachdem der Programmwurf veröffentlicht war, hat der Bundesvorstand in seiner Sitzung am 3./4. September eine Koordinierungsgruppe eingesetzt, die beauftragt wurde, den Programmwurf der Wirtschaftskommission und den wirtschaftspolitischen Teil der Perspektivkommission in den kontroversen Punkten auf eine Überschneidung zu überprüfen und eine gemeinsame Vorlage zu erstellen. Daraufhin hat die Wirtschaftskommission ihren Entwurf in Thesen gefaßt, auf die Erläuterungen und die Präambel verzichtet und schließlich das Papier erarbeitet, das gestern Gegenstand der Beratungen war.

Ich will nicht verhehlen, daß für die spätere Arbeit an der Basis der Partei der Verzicht auf Erläuterungen und Präambel kein Vorteil ist, und ich würde mir wünschen, daß nach Verabschiedung der Thesen durch den Parteitag die Fassung, die am Ende Hand- und Arbeitsmaterial an der Basis ist, mit einer dazu passenden Präambel und mit entsprechenden Erläuterungen versehen wird, damit nicht Mißinterpretation der Thesen – dies gilt für Perspektiv- und Wirtschaftskommission gleichermaßen – draußen möglich ist.

(Beifall)

Ein Vergleich der gemeinsamen Behandlungsvorlage der Perspektiv- und der Wirtschaftskommission ist entbehrlich, denn der Kollege Ronneburger wird nachher das Arbeitsergebnis des Arbeitskreises 1 einbringen, und dies ist ja eine einheitliche Vorlage beider Kommissionen.

Im Abschnitt „Vollbeschäftigung aus liberaler Sicht“ wurde in Teilen Einigkeit schon in der Koordinierungsgruppe erzielt. Unterschiedliche Ansätze ergaben sich nur bei der Frage, wie Vollbeschäftigung zu erreichen ist, nicht ob sie zu erreichen ist. Aber hier sind gestern Vorentscheidungen im Arbeitskreis gefallen, und daher möchte ich auf eine synoptische Darstellung verzichten.

Meine Parteifreunde, erlauben Sie mir nur zu in den Entwürfen enthaltenen Begriffen noch einige wenige Bemerkungen! Wir alle sagen, Wachstum sei notwendig zur Erreichung des Ziels der Vollbeschäftigung, und es ist gestern mit Recht die Frage diskutiert worden, ob mit Wachstum allein das Ziel erreichbar sei, oder ob auch andere Daten hinzukommen müssen. Und in diesem Zusammenhang sehe ich auch das Saar-Papier, das sich – wenn ich es reduziere – mit dem Verhältnis der Arbeitskosten zu den Kapitalkosten befaßt und dabei auch die Struktur der Löhne einbezieht.

Aber, meine Freunde, da Begriffe wie „qualitatives Wachstum“ und „Wachstumsstruktur“ in der Programmdiskussion der letzten Wochen und Monate eine Rolle gespielt haben, erlauben Sie mir zu diesem Teil noch eine Bemerkung!

Ziel scheint mir nicht Wachstum an sich zu sein. Jedenfalls war das nie mein Ziel während meiner Amtszeit als Bundesminister für Wirtschaft. Es kann wohl auch nicht das Ziel der Freien Demokratischen Partei sein. Sondern Ziel kann doch eigentlich nur sein, die Lebensbedingungen unserer Mitbürger zu verbessern. Das heißt, Ziel ist nach meiner Meinung – und so sieht es die Wirtschaftskommission auch – ein sogenanntes Wohlstandswachstum.

Das Realeinkommen, meine Freunde, gemäß volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, nämlich das Sozialprodukt, ist zwar Bestandteil von Wohlstand, aber es ist eben nicht mit Wohlstand identisch. Und es hat hier gar keinen Zweck, über die Meßmethode zu streiten. Das kommt mir so vor, als wenn wir die Raumtemperatur strittig verhandeln, ob wir Celsius oder Fahrenheit benutzen. Das ist nicht das Problem, sondern das Problem ist, daß zum reinen Realen andere, zum Teil sehr schwer quantifizierbare und bewertbare Komponenten hinzukommen, wie zum Beispiel die Umweltsituation und das Sich-Wohlfühlen.

Wohlstand und Sozialprodukt können, aber sie müssen nicht miteinander parallel verlaufen. Es ist durchaus möglich, daß das reale Sozialprodukt noch Wachstum anzeigt, während das Wohlstandsniveau schon rückläufig ist, zum Beispiel wenn die Umweltbeeinträchtigungen so groß sind, daß trotz realem Wachstum das Wohlbefinden nicht mehr wächst.

(Zuruf: Sehr richtig! – Beifall)

Diese Lage ist denkbar, nur kann der Staat sie nicht für alle verbindlich entscheiden, wie wir aus der Wanderungsbewegung zwischen ländlichen Gemeinden und Städten sehen. Der eine zieht ein hohes Einkommen bei relativ schlechteren Umweltbedingungen vor, der andere bessere Umweltbedingungen bei relativ geringeren Einkommenschancen. In einer freiheitlichen Gesellschaft überlassen wir dies dem Individuum und seiner persönlichen Entscheidung. Die Rahmendaten haben wir zu setzen; das ist richtig.

Ich bin aber der Meinung – und wir sind der Meinung –, daß Wirtschaftswachstum nur so lange gerechtfertigt ist, wie es dem Wohlstandsniveau dient. Anhaltende Produktivitätssteigerung, meine Freunde – wir haben sie ja bisher angestrebt, weil sie uns wohlhabender machte –, kann in zwei Formen umgesetzt werden, nämlich in mehr Sozialprodukt oder in mehr Freizeit. Und wenn der Punkt gekommen sein sollte, wo weiteres Wirtschaftswachstum nur noch durch Wohlstandseinbußen erkaufte werden kann, dann sollte allein die zweite Form von mehr Freizeit gewählt werden.

Wenn ich allerdings von einigen unter uns einmal absehe und an die arbeitenden Menschen im Lande denke, dann meine ich, daß wir von diesem Punkt noch weit entfernt sind, zumal die Struktur der volkswirtschaftlichen Produktion von entscheidendem Einfluß auf das Verhältnis zwischen Sozialprodukt und Wohlstand ist. Und dieser Aspekt ist meines Erachtens gemeint, wenn von „qualitativem Wachstum“ die Rede ist. Der Terminus ist ein bißchen unglücklich, weil er suggeriert, daß das bisherige Wachstum nicht zur Steigerung der Lebensqualität – und Steigerung ist immer mit Quantität verbunden – beigetragen habe.

Vielmehr geht es darum, verschiedene Strukturelemente des Wohlstands – der Lebensqualität – gegeneinander abzuwägen. Und wenn ich das als ehemaliger Bundesminister sagen darf – als scheidender kann man manches sagen, was man als amtierender nicht kann –, dann wäre ich zum Beispiel gerne bereit gewesen, für regelmäßig freie Wochenenden den anteiligen Teil meines Einkommens zu opfern – überhaupt keine Frage! Ob ich dies aber vom Facharbeiter Meyer bei seinem Einkommensniveau verlangen kann, darüber muß man allerdings nachdenken und ihn fragen, welche Entscheidung er selbst denn trifft, und ich glaube, er ist von diesem Punkt weiter entfernt als ein Bundesminister oder ein Abgeordneter oder auch als ein Großteil der Delegierten, die hier zusammensitzen.

Gerhart Baum hat ein Wort zur MIT-Studie des Club of Rome gesagt: Grenzen des Wachstums – und ich will darauf auch noch kurz eingehen, weil es hier eine Rolle spielt. Das große Verdienst der Studie war, auf wichtige Zukunftsprobleme aufmerksam gemacht zu haben; der Fehler war, vom Ansatz her bestimmte Lösungsmöglichkeiten auszuschließen. Damit riskierte der Club of Rome, politisch wirkungslos zu bleiben. Übrigens – erlauben Sie mir diese paradoxe Bemerkung – die einzigen, die aus der MIT-Studie die Konsequenz gezogen haben, waren nicht die Industrieländer, sondern waren die OPEC-Länder, die nämlich schlicht und einfach den Erdölpreis vervierfacht haben.

Und, meine Damen und Herren, erlauben Sie die Rückkoppelung zur nationalen Politik! Wie haben die politischen Strukturen der Bundesrepublik darauf reagiert? – Die Konservativen – Gerhart Baum hat sie auch erwähnt – haben reagiert, indem sie just in diesem Augenblick eine Senkung der Heizölsteuer gefordert haben, d. h. eine staatliche Verbilligung eines aus anderen Gründen teurer gewordenen Produkts – eine falsche Empfehlung, die uns damals große Teile der Opposition gegeben haben.

Die Sozialisten – nicht zu verwechseln mit unserem Koalitionspartner in toto – haben vorgeschlagen, den Mangel zu verwalten. Wir haben gesagt: weder Verwaltung des Mangels, noch künstliche Ermäßigung des Preisniveaus, sondern: lassen wir den Markt mit dem hohen Preisniveau fertig werden. Am Ende führt dies zu einer geringeren Verwendung dieses kostbaren Produkts, das wir Energie nennen. Und ich glaube, wir sind damit richtig gefahren.

(Beifall)

Die Kritik am Club of Rome, die bezeichnenderweise von Ökonomen vorgebracht wurde, richtet sich auf zwei entscheidende Basisannahmen dieser Studie. Erstens: Bevölkerung und Pro-Kopf-Nachfrage nach einzelnen Gütern wachsen quasi naturgesetzlich mit Eigendynamik. Das ist die These vom exponentiellen Wachstum. Und zweitens: Zwischen der Output-Struktur und der Input-Struktur bestehe ein zeitlich unveränderlicher Zusammenhang. Bei grundsätzlich begrenzten Ressourcen – Umwelt ist auch eine – muß ein solches System schließlich zusammenbrechen.

Meine Damen und Herren, was ist hieran falsch? – Dies sind Basisannahmen, die für naturale, technische Systeme zutreffen mögen, aber

nicht für soziale und ökonomische. Denn die sozialen und ökonomischen Systeme zeichnen sich dadurch aus – ich muß das hier vereinfachen –, daß partielle Verknappungstendenzen einzelner Güter deren Preis erhöhen und über die Preise sich die Nachfragestruktur zugunsten von weniger knappen Gütern und Substitution nicht nur zwischen Energieträgern, sondern auch zwischen unterschiedlich energieintensiven Konsum- und Industriegütern ergeben, und zweitens, daß Anreize für technologische Suchprozesse nach Möglichkeiten zur Minderung der Knappheitssituation ausgelöst werden.

Diese Suche wiederum glaubte die Wirtschaftskommission primär dem Markt übertragen zu sollen. Warum? – Weil die Suche des Staates nach neuen technologischen Lösungsmöglichkeiten gegenüber der marktgesteuerten Suche im Nachteil ist, denn marktgesteuerte Suchprozesse verfolgen zahlreiche Parallelexperimente, also viele potentielle Produktlinien, während die staatlichen sich im allgemeinen viel zu früh auf eine Linie konzentrieren. – Ich möchte das Energieforschungsprogramm der Bundesregierung ausdrücklich ausnehmen. Es versucht nämlich, die Suche nach neuen Technologien über den Markt durchzuführen.

Meine Parteifreunde, ich danke Ihnen, daß ich in der Lage war, die geistigen Grundlinien, die hinter der Ausarbeitung stehen, hier vorzutragen, daß Sie die Geduld hatten, mir dies zu erlauben, und ich möchte nur zusammenfassend sagen: Wir haben uns nicht bemüht, das Laisser-faire des Adam Smith zu überwinden, sondern wir verstehen Marktwirtschaft als eine Fortentwicklung der Ideen, die mit dem Namen Eucken verbunden sind und die eben nicht Marktwirtschaft mit Laisser-faire gleichsetzen, sondern die wissen, daß schon im Begriff der Marktwirtschaft die soziale Komponente und die Rahmensetzung des Staates ein essentieller Bestandteil ist. Dies sollte wohl auch die Position der Freien Demokratischen Partei sein.

(Beifall)

Meine Parteifreunde, erlauben Sie mir, die Gelegenheit zu nutzen, den Delegierten dieses Parteitages stellvertretend für alle Parteifreunde dafür zu danken, daß sie insbesondere in den letzten fünf Jahren meine Arbeit mitgetragen und unterstützt haben.

Mein besonderer Dank gilt am Tage meines Ausscheidens aus dem Bundesvorstand dem Bundesvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher. Unser gemeinsamer Weg hat 1963 in einer schwierigen Phase als Geschäftsführer begonnen und schließlich als Kollegen im Bundeskabinett über Jahre hinweg geendet. Und lassen Sie mich in den Dank noch einen weiteren Parteifreund einschließen, nämlich Wolfgang Mischnick, der mit einer großen und nicht immer vor der Öffentlichkeit richtig sichtbar gewordenen Subtilität es fertiggebracht hat, der Regierung die Unterstützung des Parlaments zuzuführen und uns im Kabinett auch menschlich und persönlich zu stützen.

(Beifall)

Lieber Hans-Dietrich Genscher, Du hast gestern gesagt: Wir bleiben Freunde! Ich gebe dieses Angebot zurück und bin sicher, daß es so ist.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

# Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat

## Erster Abschnitt: Sozialstaat als Auftrag

### These 1

#### **Materielle Erfüllung der Freiheits- und Teilhaberechte**

Nach Auffassung des sozialen Liberalismus obliegt es dem Staat, die Bedingungen für eine menschenwürdige Existenz zu sichern, die gesellschaftliche Erfüllung formal garantierter individueller Freiheits- und Teilhaberechte zu eröffnen und die für die verfassungsmäßige Ordnung wesentlichen Gestaltungsprinzipien zu garantieren. Daher ist der Staat verpflichtet, seine Handlungen in allen seinen Wirkungsbereichen an diesen Zielen zu orientieren.

Ein Minimum staatlichen Einflusses bedeutet keineswegs immer ein Maximum an Freiheit für den einzelnen. Andererseits führt mehr staatlicher Einfluß auch keineswegs immer zu mehr Freiheit der Bürger. Unbegrenzte und ungebundene Wahrnehmung von staatlichen Aufgaben oder ein Selbstverständnis des Staates als Heilsbringer können äußerst gefährliche Mittel illegitimer Machtausübung sein.

### These 2

#### **Leistungsprinzip und Existenzsicherung**

Grundlage liberaler Wirtschaftspolitik ist die persönliche Leistungsbereitschaft. Die Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes verpflichtet den Staat, in Übereinstimmung mit der Freiheitsgarantie der Grundrechte, dem einzelnen eine gleiche Bildungschance und eine Mindestposition für seine soziale Sicherung zu garantieren. Dies darf Leistungsbereitschaft und persönliche Initiative nicht beeinträchtigen.

### **These 3**

#### **Benachteiligte in der Gesellschaft**

Nach wie vor gibt es einzelnen Benachteiligte und Gruppen in unserer Gesellschaft, die keine Chance haben, das Angebot an sozialen, bildungsmäßigen und wirtschaftlichen Leistungen wahrzunehmen. Nach Auffassung des sozialen Liberalismus ist es vorrangige Aufgabe des Staates, durch vorbeugende und helfende Maßnahmen diese Gruppen in die Gesellschaft zu integrieren. Dabei erfüllen freie Träger und Kirchen eine wichtige Aufgabe, ohne den Staat von seiner Verantwortung befreien zu können.

### **These 4**

#### **Freiheitlicher Rechts- und Sozialstaat in der Verfassungswirklichkeit**

Die materielle Erfüllung von Freiheits- und Teilhaberechten muß das Handeln des Staates in allen Bezügen bestimmen: Bei der Setzung von Normen in Legislative und Exekutive, in der Verwaltung und bei der Rechtsprechung. Dazu muß die Auffassung vom sozialen Rechtsstaat zum bestimmenden Ziel für die Verfassungswirklichkeit werden.

Materielle Garantie von Freiheits- und Teilhaberechten erfordert

- für die Bildungspolitik, ein durchlässiges Bildungssystem zu schaffen, das Chancengleichheit anstrebt und ein unangebrachtes Berechtigungsdenken vermeidet,
- für die Wirtschaftspolitik, daß es unverzichtbares und in der gegenwärtigen Lage vorrangiges Ziel ist, Vollbeschäftigung zu erreichen und dauerhaft zu sichern,
- für die Rechtspolitik, Rechtsstaatsprinzipien materiell zu sichern,
- für die Gesellschaftspolitik, Eigentums- und Vermögensbildung für immer mehr Bürger zu ermöglichen.

Persönliche Freiheitschancen bedeuten immer auch Risiken, die der einzelne in eigener Verantwortung übernehmen muß. Nur solche Risiken, die allein zu tragen dem einzelnen nicht zugemutet werden kann, müssen durch die Gemeinschaft abgedeckt werden.

### **These 5**

#### **Vorrang der Person vor der Institution**

Die für die Gesellschaft unerläßlichen Freiheits- und Teilhaberechte sind in der Gesellschaft insgesamt dadurch zu sichern, daß sie möglichst vielen einzelnen eröffnet werden. Der soziale Liberalismus räumt sie eher der Person als der Institution ein.

## **Zweiter Abschnitt: Leitlinien liberaler sozial verpflichteter Wirtschaftspolitik**

### **These 1**

#### **Liberaler Wirtschaftspolitik erweitert Freiräume**

Liberaler Wirtschaftspolitik dient allen Bürgern; sie ist nicht auf Gruppeninteressen und Privilegien ausgerichtet. Die persönliche Freiheit aller Bürger, ihre Entscheidungsfreiheit und ihre Möglichkeiten, sich selbst zu verwirklichen, müssen erhalten, neue Freiheitsräume geschaffen werden. Liberaler Wirtschaftspolitik mißt daher Eigenverantwortung und Eigeninitiative besondere Bedeutung zu.

### **These 2**

#### **Liberaler Wirtschaftspolitik schafft Chancengleichheit**

Für die Liberalen bedeuten gleiche Bürgerrechte auch gleiche Chancen der Teilnahme am Wirtschaftsleben. Gleiche Chancen führen nicht automatisch zu gleichen Ergebnissen.

Bei gleichen Chancen der Teilnahme am Wirtschaftsleben ist liberaler Politik darauf gerichtet, daß die Leistung des Bürgers sich lohnt. Privilegien müssen beseitigt werden.

### **These 3**

#### **Liberaler Wirtschaftspolitik nutzt den Wettbewerb der Ideen**

Die Entscheidung der Liberalen für Wettbewerb im ökonomischen Bereich ist nicht nur eine Entscheidung für ein Organisationsprinzip der Wirtschaft, das dem einzelnen größtmögliche Freiheit einräumt. Sie beruht auch auf der Überzeugung, daß überwiegend in der Spontaneität des Wettbewerbs vieler – und sei er auch unvollkommen – effizientere und bessere Lösungen gefunden werden als bei der Zentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen oder autoritären Entscheidungsstrukturen.

### **These 4**

#### **Grundlagen liberaler Wirtschaftspolitik sind Markt und Wettbewerb, soweit sie Freiheit verwirklichen**

Im Markt richtet sich das Angebot an Gütern und Dienstleistungen grundsätzlich am Bedarf der Verbraucher aus. Wir kennen kein leistungsfähigeres System für die Versorgung der Verbraucher. Aber nur

bei funktionierendem Wettbewerb werden die Produktionsfaktoren über den Markt in die produktivsten Verwendungen gelenkt. Er gibt Ansporn zur Erforschung und Einführung neuer Produkte und Produktionsverfahren und beschleunigt den technischen Fortschritt. Deshalb ist es die Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik, ständig für wirksamen Wettbewerb zu sorgen.

Der Sanktionsmechanismus des Marktes bewirkt, daß Unternehmen, die an den Verbraucherwünschen vorbei produzieren, Verluste erleiden und schließlich aus dem Markt ausscheiden müssen. Es sind die Bindung von Gewinnchance und Verlustrisiko an die Befriedigung der Verbraucherbedürfnisse und die Koppelung von Eigentum und Haftung, die ein freies Unternehmertum und privates Eigentum an Produktionsmitteln gesellschaftlich legitimieren. Der funktionierende Wettbewerb im Markt ist ein nichtautoritäres System der Kontrolle wirtschaftlicher Macht.

Überall dort, wo die Ziele einer liberalen Gesellschaft wie größtmögliche und gleichberechtigte Freiheit und Sicherheit, Wohlfahrt und Gerechtigkeit für alle Bürger nicht mittels der Eigengesetzlichkeit des Marktes erreicht werden können, bedarf es verstärkter Rahmenseetzungen durch den Staat.

## Liberaler Wirtschaftspolitik weist dem Staat eine besondere Gestaltungsaufgabe zu

### These 5

#### Arbeitsteilung zwischen Staat und privater Wirtschaft

Die Liberalen streben eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Staat und privater Wirtschaft bei klarer Aufgabentrennung an.

Welche Aufgaben vom Staat übernommen werden sollen, kann allerdings nicht generell festgelegt werden. Ein „je mehr Staat, desto besser“ entspricht ebensowenig liberaler Wirtschaftspolitik wie ein „je weniger, desto besser“. Es muß vielmehr dauernd geprüft werden, ob eine bestimmte Aufgabe besser von der privaten Wirtschaft oder vom Staat erfüllt werden kann. Dabei sind sowohl Effizienzgesichtspunkte als auch die Auswirkung auf die Freiheitsräume des einzelnen und auf die Volkswirtschaft als Ganzes zu beachten.

Für Liberale haben bei Entscheidungen über Ausmaß und Art der Staatstätigkeit die Sicherung und Ausweitung der Freiheitsräume für den einzelnen besondere Bedeutung.

## Die Gestaltung des Ordnungsrahmens

### These 6

#### Wettbewerb als staatliche Ordnungsaufgabe

Eine sich selbst überlassene Wirtschaft neigt zur Selbstaufhebung des Wettbewerbs durch Konzentration, Kartellbildung oder den Mißbrauch von Marktmacht. Liberale Wirtschaftspolitik sieht daher eine entscheidende Aufgabe darin, die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs zu sichern und zu erhalten. Sie verhindert das Entstehen von Marktmacht, baut Wettbewerbsbeschränkungen ab und hält die Märkte für neue Anbieter offen.

Wettbewerb ist ein dynamischer Prozeß. Daher muß das Wettbewerbsrecht ständig überprüft und neuen Entwicklungen angepaßt werden. Dem entsprechen die Forderungen der Liberalen nach

- Einbeziehung aller Wirtschaftsbereiche in den Geltungsbereich des Wettbewerbsrechts,
- Kontrolle von Angebots- und Nachfragemacht,
- Verbesserung der Fusionskontrolle,
- Prüfung von Möglichkeiten zur Entflechtung von Großunternehmen und
- Verbot von Fusionen für Großunternehmen,
- Verbesserung der Verbraucherinformation,
- Verbesserung des Rechts der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen.

## Verteilungsausgleich

### These 7

#### Verbesserung des Transfersystems

Das Preissystem hat die Aufgabe, den Produktionsprozeß nach den von den Verbrauchern artikulierten Bedürfnissen zu steuern. Die tägliche Urabstimmung der Verbraucher am Markt weist Mängel auf. Verglichen aber mit allen anderen Formen des Ausdrucks von Verbraucherinteressen vermag sie den wahren Verbraucherwillen einschließlich der Wünsche von Minderheiten immer noch am zuverlässigsten zur Geltung zu bringen.

Soziale Korrekturen der Verteilung haben grundsätzlich in Form direkter Geldübertragungen und nicht in Form von Eingriffen in das System der Preise zu erfolgen. Nur so bleibt das Umverteilungssystem überschaubar und politisch vertretbar. Nur so erhalten die Begünstigten (Kranke, Alte, Bezieher kleiner Einkommen) außer einem höheren Realeinkommen zugleich als mündige Bürger die Freiheit, individuell selbst zu entscheiden, wofür sie es verwenden wollen.

Durch untereinander nicht abgestimmte Einkommens- und Berechtigungsgrößen bei den einzelnen staatlichen Leistungen entstehen häufig Ungerechtigkeiten.

Das unkoordinierte Nebeneinander staatlicher Transferzahlungen und die Praxis, nahezu alle staatlichen Leistungen nach Verteilungssichtspunkten zu differenzieren, haben nicht nur zu fortschreitender Bürokratisierung geführt. Es ist auch kaum mehr möglich, festzustellen, welches Einkommen der einzelne Bürger nach Berücksichtigung aller Transfererleichterungen (Geld und Sachleistungen) und nach Abzug aller Steuern und Abgaben zur Verfügung hat. Durch untereinander nicht abgestimmte Einkommens- und Berechtigungsgrößen bei den einzelnen Leistungen entstehen häufig Ungerechtigkeiten. Eine sozial verpflichtete, gleichzeitig aber Leistungswilligen und Eigeninitiative erhaltende Verteilungspolitik wird dadurch erheblich erschwert.

Die Liberalen fordern daher, daß die Verteilungswirkungen des Systems staatlicher Transferzahlungen und Steuern überprüft werden. Es soll darüber hinaus erwogen werden, ob Verteilungsaufgaben auf einige wenige staatliche Leistungen konzentriert werden können.

#### **These 8**

##### **Vermögensbildung ist unabdingbar**

Das Recht am Eigentum findet seine Entsprechung im Recht auf Eigentum. Es bedarf im freiheitlichen Rechts- und Sozialstaat unseres Grundgesetzes jedoch der Ergänzung durch die Verpflichtung des Staates zu einer Gestaltung der Eigentumsverhältnisse, die Eigentum von einem Vorrecht weniger zu einem Recht aller macht. Erst durch breite Vermögensbildung wird freie Eigentumsordnung menschenwürdig und glaubhaft.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht ist daher die Vermögensbildungspolitik eine notwendige Ergänzung zur Förderung des Wachstums im privaten Wirtschaftsbereich. Vermögenspolitik soll verhindern, daß Wirtschaftswachstum zu zunehmender Konzentration des Vermögens in den Händen weniger führt und kann langfristig der Ergänzung der Verteilungspolitik um eine kostenneutrale Komponente dienen. Sie ist daher ein wichtiger Bestandteil liberaler Wirtschaftspolitik.

## Konjunkturpolitik durch Globalsteuerung

#### **These 9**

##### **Verbesserung der Globalsteuerung**

Liberaler Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, eine möglichst stetige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung zu fördern und das Ausmaß der dabei auftretenden Schwankungen einzugrenzen.

Die Liberalen sehen in der Konjunkturpolitik durch Globalsteuerung ein wirksames und nicht zu ersetzendes Instrument zur Verstärkung des Wirtschaftsablaufs.

Allerdings halten sie eine Reform des konjunkturpolitischen Konzepts für notwendig. Alle Erfahrungen sowohl in der Hochkonjunktur als auch in der Rezession sprechen dafür, daß die traditionelle Vorstellung von einer Konjunktursteuerung durch antizyklische Gestaltung der öffentlichen Haushalte nicht realistisch ist. Der Versuch, jeder konjunkturellen Schwankung durch unmittelbare haushaltspolitische Kursänderung zu begegnen, ist fehlgeschlagen. Tatsächlich wurden diese Maßnahmen fast nie rechtzeitig und in richtigem Ausmaß ergriffen. Die öffentlichen Haushalte haben deshalb durchweg prozyklisch gewirkt.

Mehr konjunkturpolitische Effizienz ist deshalb von einer stetigen Haushaltspolitik zu erwarten, die mehr als bisher den mittelfristigen Plänen der Gebietskörperschaften folgt und auf diese Weise ausgeprägt prozyklische Effekte in der Regel vermeidet.

Dieser Grundsatz der stetigen Haushaltspolitik gilt für konjunkturelle Schwankungen von geringer Stärke. Bei erheblichen und anhaltenden Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bleibt der antizyklische Einsatz der öffentlichen Haushalte notwendig.

#### **These 10**

##### **Es gibt Grenzen der „Machbarkeit“**

Die Liberalen sind sich bewußt, daß der Wirtschaftsablauf in einer Wirtschaft mit relativ großen individuellen Freiheitsräumen und starker internationaler Verflechtung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen nur in Grenzen „machbar“ ist. Ebensovienig verkennen sie die Schwierigkeiten konjunkturpolitischer Steuerung, die auf Reibungsverlusten innerhalb des föderalistischen Systems, auf überzogenen Verteilungsansprüchen aller sozialer Gruppen oder auf Prognoseproblemen beruhen oder dadurch entstehen, daß Instrumente der Globalsteuerung aus politischer Opportunismus oder unter dem Druck von Interessengruppen nicht rechtzeitig, nicht angemessen oder überhaupt nicht eingesetzt werden.

#### **These 11**

##### **Abstimmung von Konjunkturpolitik, Ordnungs- und Strukturpolitik**

Die Liberalen halten eine Abstimmung von Konjunkturpolitik, Ordnungs- und Strukturpolitik aller öffentlichen Hände für notwendig. Sie wenden sich gegen einen generell nach Branchen oder Regionen differenzierten Einsatz des konjunkturpolitischen Instrumentariums. Dieser ist nicht nur „technisch“ schwierig, er stellt auch den Erfolg der Konjunkturpolitik in Frage. Zeigen sich im Konjunkturverlauf spezifische Probleme einzelner Branchen und Regionen, so müssen diese vorrangig von der Strukturpolitik, der Sozialpolitik oder der Regionalpolitik aufgegriffen werden.

## Struktursteuerung

### These 12

#### Steuerung der Strukturen über den Markt

Die Steuerung der Strukturen und des strukturellen Wandels erfolgt grundsätzlich über den Markt, der den Wandel in den Bedürfnissen der Konsumenten in der Regel am besten widerspiegelt. Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen für diesen Prozeß zu setzen und auch diejenigen Faktoren dabei zu berücksichtigen, die nicht oder nur ungenügend über den Markt zur Geltung kommen (z. B. Umweltschutz, Infrastruktur oder die Nachfrage späterer Generationen nach Ressourcen).

Libérale Strukturpolitik hält die Wirtschaft für Strukturänderungen offen und unterstützt ihre Flexibilität. Dazu gehört es, die regionale und berufliche Mobilität der Arbeitnehmer – insbesondere durch eine breite Grundausbildung und durch ein ausreichendes Angebot an Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten – zu fördern und den Kapitalmarkt funktionsfähig zu erhalten. Auch die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation trägt dazu bei, Aktion und Reaktion im Strukturwandel zu erleichtern.

### These 13

#### Anpassungssubventionen als letztes Mittel

Daß einzelne Wirtschaftszweige im Strukturwandel schrumpfen und sogar einzelne Unternehmen aus dem Markt ausscheiden, ist ein normaler Vorgang und grundsätzlich kein Anlaß, die Spielregeln des Marktes außer Kraft zu setzen. Die Liberalen halten staatliche Anpassungssubventionen für ein erst nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Selbsthilfe einzusetzendes Mittel, um auf diese Weise soziale Härten als Folge des Strukturwandels zu mildern.

Anpassungshilfen müssen aber von vornherein zeitlich befristet und möglichst degressiv gestaltet sein, damit die Motivation zur Anpassung erhalten bleibt und keine auf die Dauer nicht mehr wettbewerbsfähigen Strukturen zementiert werden.

### These 14

#### Ausnahmebereiche müssen ständig kontrolliert werden

In einigen Branchen hat der Staat die Marktsteuerung aus sozialpolitischen, außenpolitischen oder gesellschaftspolitischen Gründen ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt. Dazu gehören z. B. der Agrarsektor, der Energie- und Rohstoffbereich und Teile des Wohnungsbaus.

Solche politischen Ausnahmebereiche verselbständigen sich jedoch leicht und die politische Einflußnahme führt nicht selten zu ökonomisch ungünstigen Ergebnissen.

Daher fordern die Liberalen, immer wieder zu überprüfen, ob die politischen Ziele eine Ausklammerung der betroffenen Branchen aus dem Markt rechtfertigen. Soweit wie möglich müssen auch in den Ausnahmebereichen Wettbewerbselemente erhalten bleiben.

### These 15

#### Überbetriebliche Investitionslenkung schafft unabsehbare Risiken

Libérale Wirtschaftspolitik steuert den strukturellen Wandel über den Markt; direkte staatliche Investitionslenkung wird abgelehnt. Diese Grundposition ist Ergebnis vorurteilsfreier Abwägung von Chancen und Risiken verschiedener Lenkungsansätze. Bei der Bewältigung der Probleme des Strukturwandels helfen dogmatische Fixierungen weder in der einen Richtung (je mehr Staat, desto besser), noch in der anderen (je weniger Staat, desto besser).

Libérale Wirtschaftspolitik verkennt nicht die Risiken einer Steuerung des Strukturwandels über den Markt. Falsche Erwartungen über zukünftige Nachfrage durch einzelne Unternehmen führen zu Fehlinvestitionen mit negativen Folgen für die betroffenen Unternehmen und die dort beschäftigten Arbeitnehmer. Die Aussichten für eine Minderung dieser Risiken durch eine direkte staatliche Investitionslenkung oder eine Lenkung über Branchenausschüsse sind jedoch gering und bringen darüber hinaus zusätzliche Gefahren mit sich.

### These 16

#### Aktive Strukturpolitik aus liberaler Sicht

Für liberale Wirtschaftspolitik ist die Absage an eine staatliche Festlegung von zukünftigen Produktionsmengen und -quoten verbunden mit der Zuweisung einer aktiven Rolle des Staates bei der Unterstützung eines marktwirtschaftlich gesteuerten Strukturwandels. Diese aktive Rolle des Staates schließt die Möglichkeit ein, daß unter außerordentlichen Bedingungen, denen durch Marktsteuerung nicht angemessen entsprochen werden kann, auf begrenzten Gebieten und für einen begrenzten Zeitraum auch direkte staatliche Lenkungsmaßnahmen ergriffen werden. Die staatlichen Maßnahmen zur Bewältigung des Strukturwandels müssen sich jedoch darauf konzentrieren, daß die Barrieren, die einer effizienten Steuerung über den Markt bisher entgegenstehen, überwunden werden.

Libérale Strukturpolitik fordert eine unabhängige laufende Strukturbeobachtung und -analyse. Diese soll auch Basis der Erfolgskontrolle strukturpolitischer und anderer Maßnahmen sein, deren Ergebnisse dem Parlament vorzulegen sind. Die Subventionen an die Wirtschaft sind dabei regelmäßig zu überprüfen; der Subventionsbericht ist in diesem Sinne fortzuentwickeln.

### **These 17**

#### **Betriebsgrößenstruktur als Gestaltungsaufgabe**

Unternehmensvielfalt fördert den Wettbewerb. Die Liberalen messen der Vielzahl von leistungsfähigen kleinen und mittleren Unternehmen für die Sicherung einer dezentralen Entscheidungsstruktur und der Flexibilität der Volkswirtschaft große Bedeutung bei.

Liberaler Wirtschaftspolitik ist daher bestrebt, die Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen und selbständiger Existenzen rechtlich und faktisch zu erleichtern. Darüber hinaus unterstützt sie kleine und mittlere Unternehmen durch die Förderung von Forschung und Entwicklung, von Innovations- und Exportberatung, durch eine verbesserte Ausgestaltung des Vergabesystems für öffentliche Aufträge sowie durch die Verbesserung der Ausstattung mit Risikokapital.

### **Liberaler Wirtschaftspolitik sieht die Bundesrepublik als Teil der internationalen Völkergemeinschaft**

### **These 18**

#### **Für eine offene Weltwirtschafts- und Währungsordnung**

Liberaler Wirtschaftspolitik tritt für eine auf freiheitlichen Grundlagen, Leistungswettbewerb und internationaler Solidarität beruhende offene Weltwirtschafts- und Währungsordnung ein. Sie ist sich bewußt, daß die Bundesrepublik dafür einen angemessenen Beitrag erbringen muß, der auch von den Bürgern Opfer verlangt.

Sie setzt sich für den Aufbau einer Wirtschafts- und Währungsunion innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und für eine verstärkte internationale Abstimmung der Wirtschaftspolitik in den anderen dafür geschaffenen Institutionen (IWF, OECD, UNCTAD, GATT) sowie mit den wichtigsten Handelspartnerländern ein.

### **These 19**

#### **Öffnung der Märkte und realer Ressourcentransfer**

Die gleichberechtigte Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft setzt eine rasche Öffnung der Märkte der Industrieländer für die Erzeugnisse der Entwicklungsländer voraus. Die Liberalen wenden sich nachdrücklich gegen die Praxis einiger Industrieländer, den Entwicklungsländern mit verbalen Versprechungen entgegenzukommen und gleichzeitig die eigenen Märkte gegen Importe aus diesen Ländern abzuschotten.

Eine gerechte Verteilung des Wohlstandes in der Welt verlangt, daß reiche Länder die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer durch Bereitstellung von realen Ressourcen erheblich stärker unterstützen

als bisher. Nicht in der Konfrontation sind die Probleme der Entwicklungsländer zu lösen; konstruktive Zusammenarbeit und tatkräftige Hilfe müssen die Grundlagen für eine neue, vertiefte und gleichberechtigte Partnerschaft sein.

### **Dritter Abschnitt:**

## **Wirtschaftswachstum aus liberaler Sicht**

### **These 1**

#### **Wirtschaftswachstum ist notwendig**

Liberaler Wirtschaftspolitik hält Wirtschaftswachstum für notwendig, um den Lebenswert für alle Bürger zu erhöhen und dauerhaft zu sichern. Nur bei realem Wachstum können das Netz der sozialen Sicherung, die Erfüllung der staatlichen Aufgaben, die Solidarität mit den Partnern in Europa und die Leistungen gegenüber Ländern der Dritten Welt gesichert werden, ohne den erreichten Lebensstandard der Bürger erheblich zu beschneiden. Nur bei Wachstum kann der Strukturwandel in der Wirtschaft ohne sozial unerträgliche Auswirkungen bewältigt werden.

Liberaler Wirtschaftspolitik richtet sich nicht einseitig an Bruttosozialprodukt-Wachstum und rein materiell verstandenem Wohlstand aus. Die Bewertung wirtschaftlichen Wachstums muß auch an sozialen Indikatoren und qualitativen Maßstäben wie Umweltverträglichkeit, verstärkt sparsamem Umgang mit Rohstoffen und Energie, humaneren Arbeitsbedingungen, Schutz des Verbrauchers sowie an der gerechteren Verteilung der Zuwächse erfolgen.

### **These 2**

#### **Marktgesteuertes Wachstum bei qualitativer Rahmensetzung durch den Staat**

Liberaler Wirtschaftspolitik sieht Wirtschaftswachstum grundsätzlich als Ergebnis des Marktprozesses an. In einer auf dezentralen Entscheidungen beruhenden Wirtschaftsordnung kann der Staat allein die Höhe und Struktur des Wachstums grundsätzlich nicht bestimmen, allerdings kann er den Wachstumspfad durch wachstumsfördernde und entsprechend den qualitativen Vorstellungen den Wachstumsprozeß strukturierende Rahmenbedingungen beeinflussen. Liberaler Wirtschaftspolitik baut Wachstumshemmnisse ab, beseitigt durch gezielte Investitionshilfen die Engpässe für den Wachstumsprozeß und fördert die privaten Investitionen durch wachstumspolitische Vorsorgeinvestitionen im öffentlichen Bereich.

### **These 3**

#### **Wachstum braucht Umweltschutz**

Das Recht des einzelnen auf eine menschenwürdige Umwelt als Voraussetzung seiner Entfaltung erfordert eine konsequente liberale Umwelt- und Ressourcenpolitik. Umweltpolitik darf nicht nur reaktiv auf eingetretene Schäden antworten. Sie muß zur konjunkturunabhängigen Daueraufgabe werden. Dem Verursacherprinzip ist verstärkt Geltung zu verschaffen.

Die aus dem Umweltschutz entstehenden Erfordernisse müssen integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik sein. In der liberalen Wirtschaftspolitik sind die Schonung von Luft, Wasser und Boden sowie eine Eingrenzung von Lärmbelastung und ein sparsamer Umgang mit Rohstoffen und Energie kein „sozialer Luxus“, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Sicherung des Lebenswertes der zukünftigen Generationen.

Das Umweltproblem ist keine Besonderheit des Wirtschaftssystems in der Bundesrepublik, sondern systemunabhängige Begleiterscheinung der Industrialisierung.

### **These 4**

#### **Umweltschutz schafft Wachstum**

Wer Umwelt und Ressourcen schützen will, darf nicht die Investitionsfähigkeit der Unternehmen einschränken, mit der Folge eines Wachstumsstops; vielmehr muß das notwendige Wirtschaftswachstum an qualitativen Maßstäben orientiert sein.

Ziel liberaler Umweltpolitik ist also, durch verstärkte Berücksichtigung ökologisch wichtiger Belastungsgrenzen in den Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsablauf ein ökologisch vorteilhaftes Wirtschaftswachstum zu erreichen.

Für den Bürger bedeutet das im wesentlichen eine Beschränkung des Zuwachses beim Konsum zugunsten einer umweltfreundlicheren Produktion.

### **These 5**

#### **Wachstum und Energiepolitik**

Zwischen Sozialproduktwachstum, Zahl der Arbeitsplätze und Primärenergieverbrauch bestehen Wechselwirkungen. Es bestehen jedoch keine so zwingenden Zusammenhänge, daß eine Verringerung der Energiezuwachsrate zwangsläufig zu einer Verringerung von Arbeitsplätzen oder einem verminderten Zuwachs von Arbeitsplätzen führen müßte.

Das Verhältnis zwischen Wirtschaftswachstum und damit Zahl der Arbeitsplätze und Primärenergieverbrauch ist vielmehr je nach Art und Ausmaß der angestrebten Wachstumsentwicklung und je nach Grad der Nutzung der verschiedenen Primärenergieträger politisch gestalt-

bar. So haben Wachstumsentwicklungen im Produktionsbereich einen anderen Energiebedarf als solche im Dienstleistungsbereich. Auch innerhalb dieser Bereiche bestehen ganz verschiedene Energieintensitäten.

Libérale Energiepolitik muß daher durch andere Tarifgestaltung, rationellere Energienutzung, staatliche Anreize für Energiesparen, andere Forschungsprioritäten für alternative Energiequellen, energiesparende Technologien und Haushaltsgeräte das Verhältnis zwischen Primärenergieverbrauch und Wirtschaftswachstum mittelfristig entscheidend verbessern.

Libérale Energiepolitik muß im übrigen dafür sorgen, daß die Energieversorgung auf eine Weise gesichert wird, die die Risiken für Mensch und Umwelt auf ein technisch erreichbares Mindestmaß beschränkt.

### **These 6**

#### **Menschengerechte Arbeitsbedingungen**

Das Recht des einzelnen auf Schutz seiner Persönlichkeit und Entfaltung seiner Fähigkeiten auch und gerade in der Arbeitswelt erfordert eine konsequente Politik der Schaffung und Sicherung menschengerechter Arbeitsbedingungen. Humanisierung der Arbeitswelt korrespondiert auf mittlere Sicht mit den Zielen eines quantitativen und zugleich qualitativ verbesserten Wachstums, indem einmal bessere Entfaltungsmöglichkeiten der Arbeitenden zu höherer Arbeitsqualität und geringerer Fluktuation führen und zum anderen die Vorbeugung gegen Frühinvalidität, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten spätere soziale Kosten erspart.

Für Liberale haben dabei folgende Aufgaben der Humanisierung Vorrang:

- Ausbau der Selbstbestimmungsrechte des einzelnen am Arbeitsplatz durch die Garantie unveräußerlicher Individualrechte und Institutionalisierung von überschaubaren Arbeitsgruppen mit autonomen Rechten und Pflichten und wechselnden demokratisch gewählten Gruppensprechern,
- Förderung und Durchsetzung von menschengerechten Arbeitstechnologien und kooperativen Formen der Arbeitsorganisation,
- Erarbeitung und Durchsetzung von Richtwerten und Mindestanforderungen an Maschinen und Anlagen im Hinblick auf die Gesamtbelastung der Arbeitenden,
- Förderung von Humanisierungsbemühungen und insbesondere verstärkte Ausdehnung der öffentlichen Förderungsprogramme auch für Dienstleistungs- und Verwaltungstätigkeiten einschließlich des öffentlichen Dienstes und insbesondere unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der berufstätigen Frau,
- gesetzliche Verankerung der Möglichkeit, auf freiwilliger Basis Sprecherausschüsse für Leitende Angestellte zu bilden.

Bessere Entfaltungsmöglichkeiten, geringere körperliche und psychische Belastungen und anspruchsvollere Tätigkeitseinhalte in der Arbeitswelt setzen den Arbeitenden in die Lage, seine sozialen Beziehungen befriedigender zu gestalten.

## **Vierter Abschnitt: Vollbeschäftigung aus liberaler Sicht**

### **These 1**

#### **Vollbeschäftigung schafft Unabhängigkeit und Wohlstand**

Unverzichtbares und in der gegenwärtigen Lage vorrangiges Ziel liberaler Wirtschaftspolitik ist es, Vollbeschäftigung zu erreichen und dauerhaft zu sichern.

Für die meisten Menschen ist Arbeit die einzige oder wichtigste Möglichkeit, in eigener Verantwortung ihre Existenz zu sichern. Ihre Arbeit verschafft ihnen die materielle Grundlage, ihr Leben in persönlicher Unabhängigkeit und sozialer Sicherheit selbst zu gestalten. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich durch Entfaltung ihrer individuellen und sozialen Fähigkeiten selbst zu verwirklichen und die Gemeinschaft mit zu formen. Es genügt darum nicht, Menschen ohne Arbeit lediglich finanziell zu sichern; liberales Ziel ist es vielmehr, dem Arbeitssuchenden Arbeit anzubieten, die ihm persönliche Unabhängigkeit und soziale Sicherheit gibt. Aber auch nichterwerbsorientierte soziale Aktivitäten haben hohe ethische Bedeutung und sind von großem gesellschaftspolitischen Wert. Sie werden daher von den Liberalen unterstützt.

Dazu gehört es auch, jedem Jugendlichen eine Berufsausbildung zu ermöglichen.

Dabei werden von der F.D.P. Wege, die dieses Arbeitsmarktproblem im europäischen Rahmen zu lösen suchen, bevorzugt.

Die notwendige staatliche Beschäftigungspolitik muß von der Tarifautonomie der Tarifparteien ausgehen. Lohn- und Sozialkostensteigerungen über den Produktivitätszuwachs gefährden Arbeitsplätze.

### **These 2**

#### **Recht auf Arbeit als soziales Grundrecht**

Die Liberalen fordern, daß der Staat eine auf Vollbeschäftigung gerichtete Politik betreibt. Das Recht des Bürgers auf Arbeit ist ein soziales Grundrecht, das den Staat zur Vollbeschäftigungspolitik verpflichtet; es ist jedoch nicht gleichbedeutend mit einem individuellen, einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz. Ein so verstandenes Recht auf Arbeit wäre nur möglich, wenn der Staat den Bürger zur Arbeit verpflichten und ihm seinen Arbeitsplatz nach Art und Ort zuweisen könnte. Die freie Wahl des Arbeitsplatzes, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit sowie die Selbstbestimmung der Konsumenten sind jedoch wesentliche Grundlagen liberaler Politik.

### **These 3**

#### **Vollbeschäftigung braucht Wachstum der Produktion**

Liberaler Beschäftigungspolitik zielt als Wachstumspolitik primär auf eine Ausweitung des Arbeitsplatzangebots. Sie baut dabei grundsätzlich auf die Expansionskraft des marktwirtschaftlichen Systems. Die Liberalen sehen daher einen wichtigen Bestandteil der Vollbeschäftigungspolitik darin, die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zu erhalten, Anpassungshemmnisse abzubauen und die Mobilität der Arbeitskräfte und des Faktors Kapital zu erhöhen.

Zur langfristigen Erhöhung des Arbeitsplatzangebots ist ein Wachstum notwendig, das sich innerhalb des marktbedingten Strukturwandels bewegt, das heißt, auf wettbewerbsfähigen Kapazitäten beruht.

Es ist daher vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die private Investitionstätigkeit durch die Gewährleistung stabiler Rahmenbedingungen sowie durch vorzugsweise steuerliche Forschungs-, Entwicklungs- und Innovations-Anreize zu sichern.

Die Probleme der hohen, vor allem strukturell bedingten Arbeitslosigkeit und die notwendige Schaffung von über einer Million zusätzlicher Arbeitsplätze für die starken Jahrgänge bis 1985 lassen sich mit den zu erwartenden Wachstumsraten voraussichtlich allein nicht mehr lösen.

Deshalb muß liberale Beschäftigungspolitik eine beschäftigungsintensive Wachstumspolitik, die auf wettbewerbsfähigen Produktions- und Arbeitsplatzkapazitäten beruhen muß, anstreben. Sie muß dabei neue und gegebenenfalls unbequeme Wege der gezielten Wirtschaftsstrukturpolitik, Forschungs- und Innovationsförderung, Nachfragebelebung und Arbeitsmarktpolitik gehen.

### **These 4**

#### **Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze im privatwirtschaftlichen Bereich**

Die Beschäftigungspolitik muß in der gegenwärtigen Lage gegenüber anderen wirtschaftspolitischen Zielen und bei der Finanzverteilung eine größere Priorität als bisher erhalten. Durch bessere Rahmenbedingungen für den strukturellen Wandel sollen vor allem im privatwirtschaftlichen Bereich zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Bessere Rahmenbedingungen für den notwendigen strukturellen Wandel erfordern eine Verstärkung der folgenden Instrumente:

- Technologiepolitik muß eine dem strukturellen Wandel angemessene Bedeutung bekommen,
- Forschungs- und Innovationsförderung darf nicht einseitig durch direkte Zuwendung Großbetriebe begünstigen, sondern muß verstärkt – vor allem durch Förderung der Personalkosten für Forschung und Entwicklung – die innovatorischen Aktivitäten der kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigen,

- Rahmenbedingungen für risikobehaftete Innovationen und Neugründungen sind günstiger zu gestalten,
- Finanzanreize für Private und Unternehmen, die verstärkt energie- und rohstoffsparende sowie umwelt- und menschengerechte Geräte bzw. Technologien einsetzen, sind zeitlich begrenzt zu gewähren.

Hierbei ist entscheidend, daß diese Rahmenbedingungen für die Investoren und Konsumenten auf mittlere Sicht verbindlich gewährleistet werden.

#### **These 5**

##### **Vollbeschäftigung braucht stetigen Nachfragezuwachs**

Konjunkturpolitischer Ansatzpunkt zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung bleibt prinzipiell eine Belegung der Nachfrage zur Auslastung bestehender Kapazitäten. Sollte sich ein strukturelles Defizit bei der privaten Investitions- und Konsumgüternachfrage ergeben, weil die Ersparnis im Verhältnis zum Einkommenszuwachs überproportional steigt, so ist u. a. die Möglichkeit zu prüfen, nachfragehemmende Steuerbelastungen (z. B. Lohnsteuer) abzubauen. Zusätzliche Nachfrage entsteht auch durch wirksame Entwicklungshilfe und die wirtschaftliche Förderung wenig entwickelter Länder und Regionen, auch in Europa und der EG, die die Absatzchancen für hochwertige Güter steigern.

#### **These 6**

##### **Öffentliche Investitionen schaffen Beschäftigung im privaten Bereich**

Liberaler Vollbeschäftigungspolitik fordert ein gesamtwirtschaftlich ausgewogenes Maß an öffentlichen Investitionen. Öffentliche Investitionen schaffen Voraussetzungen für die private Investitionstätigkeit und tragen gleichzeitig zur Besserung der Beschäftigungssituation und zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller Bürger bei. Bedarf für öffentliche Investitionen ist in ausreichendem Umfang vorhanden. Für öffentliche Investitionen sollte der Staat auch verstärkt nicht in der privaten Wirtschaft investierte Sparmittel der Bürger über den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen.

#### **These 7**

##### **Die Liberalen fordern flankierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen**

Die Liberalen fordern eine an den gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik als flankierende Maßnahmen zur Erreichung der Vollbeschäftigung.

Liberaler Beschäftigungspolitik gibt arbeitsplatzschaffenden Maßnahmen Vorrang vor arbeitsplatzverteilenden. Wenn aber traditionelle Wachstumspolitik, Wirtschaftsstrukturpolitik, staatliche Nachfrageanreize und gezielte Arbeitsmarktmaßnahmen nicht genügend Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, so müssen Möglichkeiten, die Lebens-

arbeitszeit zu verringern, geschaffen werden. Hierbei haben diejenigen lebensarbeitszeitverkürzenden Maßnahmen Vorrang, die Wahlmöglichkeiten für die Beschäftigten eröffnen, die sich mit bildungs- und gesellschaftspolitischen Zielen decken, die rücknehmbar und gesamtwirtschaftlich kostenneutral sind und Produktivitätssteigerung berücksichtigen.

Ein wesentliches Ziel bei der Rückkehr und dauerhaften Sicherung der Vollbeschäftigung besteht auch darin, die Belastungen durch Arbeitslosigkeit für die Solidargemeinschaft bzw. Steuerzahler abzubauen.

#### **These 8**

##### **Problemgruppen bedürfen besonderer Aufmerksamkeit**

Die besondere Aufmerksamkeit liberaler Beschäftigungspolitik muß den sozialen Gruppen gelten, die sich nicht aus eigener Kraft in den Arbeitsprozeß eingliedern können, wie z. B. Kranke, Behinderte oder Leistungsschwache.

Aufgabe liberaler Beschäftigungspolitik muß es sein, diese Gruppen nicht der Fürsorge zu überlassen, sondern ihre Integration ins Berufsleben zu fördern und darüber hinaus ihren Fähigkeiten entsprechende neue Berufsbilder und Ausbildungsmöglichkeiten zu entwickeln und gruppenspezifische Arbeitsplatzangebote zu schaffen.

#### **These 9**

##### **Mitverantwortung des einzelnen und der Tarifpartner**

Die notwendige staatliche Beschäftigungspolitik kann alleine nicht zum Erfolg führen, wenn nicht der Anstieg der jährlichen betrieblichen Gesamtkosten je Beschäftigtem unter dem Anstieg der gesamten Nachfrage gehalten werden kann. Also müssen die Tarifvertragsparteien und auch die einzelnen Bürger ihre Mitverantwortung für die Erreichung der Vollbeschäftigung tragen.

#### **These 10**

##### **Grenzen der Vollbeschäftigungspolitik**

Die Liberalen wollen den Bürgern nicht verschweigen, daß auch bei Einsatz aller beschäftigungspolitischer Maßnahmen Vollbeschäftigung für die Wirtschaftspolitik kein leicht zu erreichendes Ziel ist. Es wird u. a. erschwert durch die Abhängigkeit von der internationalen Wirtschaftsentwicklung, die Abhängigkeit von der Rohstoff- und Energieversorgung, durch die anhaltenden Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung sowie durch die derzeitigen Gesamtkosten (Niveau und Struktur).

Liberaler Beschäftigungspolitik hält aber insbesondere die Ziele einer eigenständigen, am Prinzip der Chancengleichheit orientierten Bildungspolitik und der Freizügigkeit der Arbeitskräfte in der EG für unverzichtbar.

Deswegen muß dem Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Wirtschaft der Bundesrepublik kann die Wohlstandsvorteile, die aus ihrer Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung erwachsen, nur dann bewahren, wenn ihr technologischer Rang auf dem Weltmarkt erhalten bleibt. Für die Sicherung dieses Ranges sind auch Rationalisierungsinvestitionen erforderlich.

## **Fünfter Abschnitt: Preisniveaustabilität aus liberaler Sicht**

### **These 1**

#### **Preisstabilität ist wichtig für den einzelnen und für die Gesellschaft**

Für die Freien Demokraten stellt die Geldwertstabilität eine notwendige Voraussetzung für rationelles wirtschaftliches Handeln, insbesondere für eine sinnvolle Zuordnung der Produktionsfaktoren und für die Erreichung verteilungspolitischer Ziele dar. Nur bei Geldwertstabilität ist es möglich, die gesamtwirtschaftlichen Ziele wie stetiges und ausgewogenes Wachstum sowie Gerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung gleichzeitig zu realisieren. Inflation verändert die allgemeine Bezugsgröße, um den Wert von Waren und Dienstleistungen auszudrücken, sie vernichtet – wenn sie andauert – Arbeitsplätze, beeinträchtigt Finanzierungsströme und Investitionen, führt zu einer Flucht in die Sachwerte, verstärkt Einkommens- und Vermögensungleichheiten und gefährdet schließlich den sozialen Frieden.

### **These 2**

#### **Geldwertsicherung und Beschäftigung**

Auch für die Überwindung der Arbeitslosigkeit ist die Erhaltung einer ausreichenden Preisniveaustabilität eine notwendige, allerdings nicht allein ausreichende Bedingung. Die ausgeprägten Selbstbeschleunigungskräfte der Inflation lassen eine Beschäftigungspolitik auf Kosten der Geldwertsicherung nicht zu.

### **These 3**

#### **Vorbeugende Inflationsbekämpfung**

In der liberalen Wirtschaftspolitik ist die Inflationsbekämpfung mittelfristig und vorbeugend angelegt, um gemeinsam mit den Unternehmen und Gewerkschaften den Geldwert zu sichern und die Wachstumskräfte der Wirtschaft zu stärken.

Die Liberalen setzen zur Vermeidung und zum Abbau der Inflation marktkonforme Instrumente ein. Globale Nachfragesteuerung und die Steuerung der Geldmenge durch die von Weisungen der Regierung

unabhängige Bundesbank sind wichtige Bestandteile liberaler Stabilitätspolitik. Mittelfristig kommt es auf die Schaffung von stabilitätsorientierten Rahmenbedingungen an. Stärkung des Wettbewerbs, vermögenspolitische Entschärfung des Verteilungskampfes und eine kostenbewußte Ausgestaltung der Gesetze sind unverzichtbare Bestandteile liberaler Stabilitätspolitik.

### **These 4**

#### **Kein Kurieren an Symptomen**

Staatliche festgehaltene Preise und Löhne behindern die Anpassungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaft. Auch zeitlich begrenzte „Lohn- und Preisstops“ stauen die Inflation lediglich vorübergehend auf. Eine staatliche Sanktionierung der Inflation durch Indexierung kann die Geldentwertung nicht zurückdrängen. Sie kuriert Symptome und schreibt die Inflation fort. Marktwirtschaft macht dagegen die Wirkungen menschlicher Entscheidungen transparent, auch stabilitätswidrige.

### **These 5**

#### **Grenzen stabilitätspolitischer Machbarkeit**

Die Liberalen sind sich der Grenzen stabilitätspolitischer Machbarkeit durch den Staat bewußt: Die Verschärfung des internationalen Verteilungskampfes engt den Verteilungsspielraum im Inland immer mehr ein. Erhebliche Stabilitätsprobleme ergeben sich für den Geldwert durch die Entwicklung der Volkswirtschaft in Richtung auf eine lohnintensive Dienstleistungsgesellschaft. Auch die volkswirtschaftlichen Kosten unserer sozialen und qualitätsbewußten Zukunftssicherung nehmen tendenziell zu: Wenn es nicht insgesamt gelingt, die Einkommenszuwächse an den realen Verteilungsspielräumen einer Volkswirtschaft auszurichten, wird Inflation und beschleunigte Vernichtung von Arbeitsplätzen die Folge sein.

## **Sechster Abschnitt: Einkommens- und Vermögensverteilung aus liberaler Sicht**

### **These 1**

#### **Leistung und Verteilung im Sozialstaat**

Für die Liberalen wird die Gerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung durch die Leistungsbezogenheit und durch das Sozialstaatsprinzip bestimmt. Leistung muß sich lohnen. Es muß aber auch jedem Bürger eine gleiche Chance geboten werden, Leistung zu erbringen.

Eine dem Sozialstaatsprinzip verpflichtete Verteilungspolitik sorgt weiter dafür, daß die marktmäßige Einkommensdifferenzierung nicht zu gesellschaftspolitisch unerträglichen Spannungen führt.

## **These 2**

### **Macht und Verteilung**

Die Liberalen setzen sich dafür ein, daß die leistungsgerechte Verteilung nicht durch Marktmacht verzerrt wird. Sie werden dafür sorgen, daß der Zugang zum Markt für alle Bürger erhalten bleibt und daß dem Bürger nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß eine sozial gerechte Lebensgrundlage erhalten bleibt.

## **These 3**

### **Die Verteilungsstatistik muß verbessert werden**

Die Liberalen fordern eine umfassende und detaillierte Darstellung der vorhandenen Einkommens- und Vermögensverteilung und deren Veränderung als Grundlage der Verteilungspolitik. Nur so können verteilungspolitische Maßnahmen zielgerecht eingesetzt und ihr Erfolg kontrolliert werden.

## **These 4**

### **Vermögensbildung als Aufgabe**

Freiheit braucht Eigentum. Eigentum schafft Freiheit. Liberale Verteilungspolitik tritt für eine Förderung der Vermögensbildung zur Entschärfung der Einkommensverteilung ein. Erst durch breite Vermögensbildung wird freie Eigentumsordnung menschenwürdig und glaubhaft.

## **These 5**

### **Individuelles Sparen und Produktivvermögen**

Liberale Verteilungspolitik fördert die individuelle Anlage von Sparmitteln in Produktivvermögen. Deshalb ist für sie die Beseitigung des Engpasses bei den zur Verfügung stehenden Anteilen am Produktivvermögen, z. B. durch eine Änderung des Umwandlungssteuergesetzes und andere steuerliche Maßnahmen, ein ebenso wichtiges Anliegen, wie die Vermeidung der Verdrängung von Kleinaktionären z. B. bei Fusionen.

## **These 6**

### **Produktive Verwendung von Sparkapital**

Die Liberalen treten dafür ein, die Verschuldung des Staates stärker in den Dienst der Vermögenspolitik zu stellen. Darüber hinaus ist es bei ansteigendem Kapitalbedarf der Wirtschaft notwendig, Sparkapital verstärkt an die Verwendung als Risikokapital heranzuführen; auch müssen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den unterschiedlichen Anlagemöglichkeiten für Sparkapital abgebaut werden.

## **Siebter Abschnitt:**

### **Konjunkturpolitik durch Globalsteuerung**

## **These 1**

### **Prioritäten in der Konjunkturpolitik**

Für liberale Konjunkturpolitik sind Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität grundsätzlich gleichrangig zu verfolgende Ziele. Sie haben beide außer ihrer Stellung im ökonomischen System jeweils einen Eigenwert: Eine hohe Geldwertsicherung hilft dem Bürger wenig, ohne Chance, dieses Geld zu erwerben und das durch Arbeit erworbene Einkommen nutzt dem Bürger wenig, wenn es durch Inflation aufgezehrt wird.

## **These 2**

### **Autonomie der Bundesbank**

Für die Liberalen ist die Autonomie der Bundesbank unverzichtbarer Bestandteil der freiheitlichen Wirtschaftsordnung.

## **These 3**

### **Mittelfristige Orientierung der Konjunkturpolitik**

Liberale Wirtschaftspolitik fordert eine mittelfristige Orientierung und einen stetigen Verlauf der Geld- und Finanzpolitik. Sie lehnt den häufigen und abrupten Wechsel konjunkturpolitischer Maßnahmen ab. Die Stetigkeit der Geld- und Finanzpolitik, die Beständigkeit der ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und das Wissen, daß der Staat an bestimmten Zielen festhält, stabilisieren die Erwartungen aller Teilnehmer am Wirtschaftsleben und erleichtern deren Planungen.

## **These 4**

### **Koordinierung der mittelfristigen Finanzpolitik**

Die Liberalen fordern den Ausbau der mittelfristigen Finanzplanung und eine verstärkte Koordinierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere auf dem Gebiet der öffentlichen Investitionen, damit die öffentliche Finanzpolitik einen angemessenen Beitrag zur Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung und der Stabilität leisten kann.

## **These 5**

### **Verstetigung der Gemeindefinanzen**

Die Liberalen fordern einen konjunkturunabhängigen Einnahmestrom für die Gemeindesteuern. Dadurch sollen die Gemeinden zu einer langfristig stetigen Ausgestaltung ihrer Ausgaben veranlaßt werden, um konjunkturpolitisch nicht prozyklisch, sondern zumindest stabilisierend zu wirken, da offensichtlich ein antizyklisches Verhalten der Gemeinden praktisch nicht zu verwirklichen ist. Dadurch wird auch eine kontinuierlichere Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht.

## **Achter Abschnitt: Regionale Wirtschaftspolitik**

### **These 1**

#### **Neue Leitbilder für die Regionalpolitik**

Regionale Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik, Raumordnung und Landespflege befassen sich alle mit der Gestaltung und dem Ausbau der Regionen, ohne daß hinter den unterschiedlichen Planungszügen einheitliche oder zumindest abgestimmte Zielvorstellungen stehen.

Nach Auffassung der Liberalen ist eine grundsätzliche Überprüfung und Koordinierung der Leitbilder für die Regionalpolitik dringend geboten.

### **These 2**

#### **Akzentverschiebung in der Regionalpolitik**

Die Liberalen treten für eine Akzentverschiebung bei den regionalpolitischen Zielen ein: Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und der Abbau von Einkommensunterschieden gewinnt gegenüber der Ausstattung mit Infrastruktur an Bedeutung.

### **These 3**

#### **Die Regionalförderung muß wirksamer werden**

Die Liberalen fordern eine breitere Staffellung der Fördersätze, eine bessere Koordination der regionalpolitischen Maßnahmen bei den Gebietskörperschaften; sie halten außerdem eine Abstimmung mit der Regionalpolitik in der Europäischen Gemeinschaft für notwendig.

### **These 4**

#### **Öffentliche Verwaltung und Regionalpolitik**

Zur Unterstützung der Regionalpolitik muß der Staat auch bei den Standortentscheidungen für öffentliche Betriebe und Behörden stärker regionalpolitischen Zielen Rechnung tragen. Der Rückzug der Verwaltung aus der Fläche im Rahmen der Gebietsreform läuft den regionalpolitischen Zielen entgegen.

## **These 5**

### **Wirkungskontrolle in der Regionalpolitik**

Die Liberalen fordern eine systematische Wirkungskontrolle als Grundlage für eine Überprüfung der regionalpolitischen Maßnahmen und der Zielerreichung. Das schließt auch ein, daß in Fördergebieten und Schwerpunkorten mit einem hohen Grad der Zielerreichung regionalpolitische Maßnahmen abgebaut werden. Dadurch würden auch alle Gebiete aus der Förderung entlassen, die nicht aus Bedürftigkeit, sondern wegen der Durchsetzung partikularer Interessen in die Förderung aufgenommen wurden.

## **Neunter Abschnitt:**

### **Schwerpunkte liberaler Ressourcenpolitik**

## **Umweltschutzpolitik**

### **These 1**

#### **Umweltgüter haben einen Preis**

Liberaler Umweltschutzpolitik nutzt die Lenkungs kraft der Preise in der Wirtschaft. Sie leitet die Kosten zur Umwelterhaltung auf die Umweltutzer um und veranlaßt sie damit zu einem umweltgerechteren Verhalten. Dieser Prozeß erfordert funktionierenden Wettbewerb und Preisniveaustabilität.

### **These 2**

#### **Umweltschutz und Beschäftigung**

Die Liberalen wenden sich gegen eine Ablehnung der Umweltpolitik mit dem Argument, sie gefährde Arbeitsplätze. Die Berücksichtigung des Umweltschutzes in der Wachstumspolitik wirft für die Unternehmen zunächst Anpassungsprobleme auf. Andererseits schaffen Umweltschutzinvestitionen Arbeitsplätze in der Investitionsgüterindustrie.

### **These 3**

#### **Umweltschutz und Wachstum**

Umweltschutzpolitik ist nach Auffassung der Liberalen Voraussetzung für künftiges Wachstum, nicht Begrenzung. Wachstum ohne Berücksichtigung des Faktors Umwelt wird sich selbst begrenzen.

#### **These 4**

##### **Umweltschutz – eine internationale Aufgabe**

Die Liberalen streben auf dem Gebiet der Umweltschutzpolitik eine innereuropäische und auf längere Sicht internationale Zusammenarbeit an.

Die Liberalen treten dafür ein, daß auch die Meere in multilaterale Umweltschutzabkommen einbezogen werden.

## **Forschungsförderung**

#### **These 5**

##### **Zukunftsgestaltung durch Forschungspolitik**

Forschungspolitik ist dem Wesen von Forschung gemäß Zukunftsgestaltung; sie beeinflußt entscheidend die geistigen, gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in unserem Lande wie in der ganzen Welt. Sie muß langfristig die geistige wie auch die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Staaten und ihrer Bürger sichern.

#### **These 6**

##### **Bedeutung der Grundlagenforschung**

Eine breit angelegte Grundlagenforschung muß langfristig die Voraussetzungen für die zukünftigen geistigen und wirtschaftlichen Entwicklungen schaffen. Prioritäten lassen sich dabei kaum staatlicherseits vorgeben und eine Erfolgskontrolle von außen muß mehr als fraglich erscheinen, dies muß von der Wissenschaft selbst in eigener Verantwortung geleistet werden. Dabei ist der Pluralität als einem Wesensmerkmal der Forschung entsprechend auch die Transparenz der Begutachtung und Bewertung zu sichern.

#### **These 7**

##### **Fortschritt durch Forschung und Entwicklung**

Für die Liberalen ist die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung ein wichtiger Bestandteil der Wachstumspolitik. Die Erforschung und Entwicklung, Einführung und Verbreitung neuer Produkte und Produktionsverfahren sichern die Lebensbedingungen, verbessern die Versorgung der Bürger mit Gütern und Dienstleistungen und halten die Wirtschaft im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig.

#### **These 8**

##### **Verhältnis zwischen direkter und indirekter Forschungsförderung**

Direkte und indirekte Forschungs- und Entwicklungsförderung sind keine substituierbaren Alternativen; sie ergänzen sich gegenseitig.

Die Liberalen befürworten die direkte, projektgebundene, staatliche Finanzierungshilfe und Risikobeteiligung in den Ausnahmefällen, in denen Risiko und Investitionsbedarf so groß sind, daß einzelne Unternehmen sie selbst bei Einbeziehung der generellen Forschungsförderung nicht in Angriff nehmen.

Indirekte Forschungs- und Entwicklungsförderung sollte vorzugsweise im marktnahen Bereich erfolgen, und dadurch insgesamt die Innovationskraft der Unternehmen zu stärken. Das Instrumentarium ist so auszugestalten, daß dadurch insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen verbessert und gesichert wird.

#### **These 9**

##### **Transfer der Ergebnisse**

Die Ergebnisse und Erkenntnisse von staatlicherseits geförderten Forschungen müssen kontinuierlich in den Markt überführt und damit volkswirtschaftlich nutzbar gemacht werden. In dieser kommerziellen Phase der Technologieförderung muß die politische Stützung entsprechend den Prinzipien unserer Wirtschaftsordnung aus dem Bereich „Forschung“ in die Verantwortlichkeit der Wirtschaftspolitik überführt werden. Der Staat hat nur noch Hilfen zum Markt zu geben, damit Forschungsförderung nicht den Charakter von Subventionen erhält und zur Investitionslenkung entartet.

#### **These 10**

##### **Neue Märkte durch staatliche Auflagen**

In einigen Bereichen werden durch staatliche Maßnahmen wie z. B. Umweltschutzmaßnahmen oder allgemeine Sicherheitsbestimmungen neue Märkte geschaffen. Die Liberalen fordern, daß der Staat die entsprechenden Auflagen und Bestimmungen rechtzeitig ankündigt und dadurch Forschungsinvestitionen in einer frühen Entwicklungsphase anregt.

## **Energiepolitik**

#### **These 11**

##### **Energiepolitik als Zukunftsaufgabe**

Eine zukunftssichernde Energiepolitik hat sich verstärkt an den langfristigen Sachzwängen der Energieversorgung zu orientieren. Die Verknappung und Verteuerung der Energierohstoffe (Primärenergieträger) und ebenso die sichtbaren ökologischen Grenzen machen es notwendig, die Zuwachsraten im Energieverbrauch möglichst niedrig zu halten.

## **These 12**

### **Erhöhung des Energienutzungsgrades als Ziel**

Liberaler Energiepolitik gibt der vorausschauenden Selbstbeschränkung im Energiekonsum den Vorzug vor der von außen erzwungenen Einschränkung. Sie fördert daher alle technisch-wirtschaftlichen Möglichkeiten der rationellen, sparsamen Energienutzung. Neben den in Teilbereichen angesichts der Marktstruktur notwendigen direkten staatlichen Vorschriften soll dieses Ziel bevorzugt über sachdienliche Preisgestaltung in marktkonformer Weise herbeigeführt werden. Dazu gehört langfristig auch, daß in internationaler Abstimmung alle direkten und indirekten Subventionierungen des Energiesektors abgebaut und Energiekosten grundsätzlich direkt vom Energiekonsumenten aufgebracht werden. Dies erhöht für den Verbraucher den wirtschaftlichen Anreiz zur Einführung und Anwendung von Geräten und Verfahren mit besserem Energienutzungsgrad.

## **These 13**

### **Energieversorgung aus vielen Quellen**

Die Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland muß darauf gerichtet sein, die Versorgung aus vielen Quellen zu speisen, um die Gefahren einseitiger Abhängigkeiten so gering wie möglich zu halten. Dazu ist die Erschließung regenerativer Energiequellen besonders zu fördern. Eine weitere Verminderung der Nutzung der heimischen Steinkohle ist mit der Notwendigkeit zur Absicherung der Energieversorgung nicht vereinbar.

## **These 14**

### **Energieversorgung durch mehr Wettbewerb**

Energiepolitik, wie sie die Liberalen verstehen, wird sich im Rahmen der Ziele Sicherheit und Unabhängigkeit der Energieversorgung um ein Höchstmaß an marktgerechten Lösungen zur Bedarfsbefriedigung der Bürger bemühen. Dazu ist Wettbewerb zwischen den Energieträgern und bei diesen zwischen den Produzenten bzw. Versorgungsunternehmen notwendig.

## **Zehnter Abschnitt: Liberale Verbraucherpolitik**

### **These 1**

#### **Die Interessen der Verbraucher wahren**

Ziel liberaler Verbraucherpolitik ist, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe der Verbraucher zu stärken und die Voraussetzungen dafür zu verbessern, daß der Verbraucher seine Interessen auch wahrnehmen kann.

Liberaler Verbraucherpolitik tritt dafür ein, daß der Staat den Verbraucher in den Bereichen durch gesetzliche Regelungen schützt, in denen er seine Interessen nicht oder nur unzureichend selbst wahrnehmen kann.

### **These 2**

#### **Verbesserung der Verbraucherinformation**

Die Liberalen setzen sich dafür ein, daß die Verbraucherinformationen, die von den Verbraucherzentralen der Länder bereitgestellt werden, stärkere Berücksichtigung finden. Neben den genannten allgemeinen Maßnahmen muß der individuell abrufbaren Verbraucherberatung ein größerer Wirkungsraum eröffnet werden.

Dabei ist es aus verteilungspolitischen Gründen wünschenswert, daß gerade die einkommensschwachen und erfahrungsarmen Verbraucher erreicht werden, die einen relativ hohen Anteil ihres Einkommens für den Konsum verwenden.

### **These 3**

#### **Ladenöffnungszeiten flexibler gestalten**

Die Liberalen setzen sich für eine flexiblere Gestaltung der Ladenöffnungszeiten ein. Dadurch würde besonders den Berufstätigen die Möglichkeit gegeben, sich eine bessere Marktübersicht zu verschaffen, die Innenstädte müßten abends nicht veröden, und die Verkehrsspitzen am Morgen und besonders am Abend würden abgebaut.

Bei einer freien Regelung der Ladenöffnungszeiten muß gewährleistet sein, daß der 8-Stunden-Arbeitstag eingehalten und die Gesamtarbeitszeit nicht verlängert wird.

### **These 4**

#### **Versorgung im ländlichen Raum**

Ziel liberaler Verbraucherpolitik ist die optimale Versorgung der Bevölkerung in den Umlandgebieten der großen Städte und den ländlichen Gebieten mit Gütern und Dienstleistungen. Sie hat deswegen auch dafür zu sorgen, daß die Versorgung der Verbraucher in diesen Regionen nicht gefährdet wird. Insbesondere ist darauf zu achten, inwieweit geplante Großunternehmen die herkömmlichen Versorgungsstrukturen längerfristig zum Nachteil der Verbraucher verändern können.

# Bürger, Staat, Demokratie

## Erster Abschnitt: Demokratie

### These 1

#### Parlamente

Die Liberalen sehen in den Parlamenten die Träger umfassender politischer Verantwortung innerhalb der repräsentativen Demokratie. Als Ausdruck der Volkssouveränität sind sie höchste Gewalt, welche allen anderen Gewalten die demokratische Legitimation vermittelt.

Dem Parlament obliegt neben der herkömmlichen Gesetzgebung die Aufgabe, die Zielsetzungen politischer Planung festzulegen, die Fortführung der Planung angemessen mitzugestalten und sie zu kontrollieren.

Zur Wahrnehmung dieser Funktionen bedarf das Parlament einer starken Stellung gegenüber der Exekutive. Das Kontrollrecht der Opposition ist durch umfassende Minderheitenrechte sicherzustellen. Politische Grundsatzentscheidungen hat das Parlament zu treffen; die Verordnungsgewalt der Regierung bleibt auf Ausführungsregelungen beschränkt.

Das Parlament soll die ihm zustehenden Kontrollbefugnisse in verstärktem Maße wahrnehmen. Ein Ausbau der parlamentarischen Kontrolle ist anzustreben. Regierung und Verwaltung müssen ihre Arbeit transparenter gestalten. Verwaltungsvorlagen müssen gegebene sachliche Alternativen deutlich machen. Soweit öffentlich-rechtliche Datenbanken allgemeine Statistiken, Erhebungen oder Strukturdaten sammeln und verarbeiten, sind sie den Parlamenten in gleicher Weise zugänglich zu machen wie der Exekutive. Referentenentwürfe sind den Fraktionen dann zur Verfügung zu stellen, wenn sie auch Verbänden zur Anhörung zugesandt werden.

### These 2

#### Gesetzgebende und richterliche Gewalt

Parlamente und Regierungen müssen ihre Zuständigkeit und Verantwortung für die politischen Grundsatzentscheidungen auch im Hinblick auf die rechtsanwendende Funktion der richterlichen Gewalt wahrneh-

men. Die zielklare und möglichst bestimmte Fassung gesetzlicher Tatbestände ist das zuverlässigste Mittel dagegen, daß Gerichte Entscheidungen treffen, die an sich der Gesetzgeber hätte treffen müssen. Die Parlamente sind gehalten, ihre Kompetenzen voll auszuschöpfen und nicht von sich aus Entscheidungen den Gerichten oder den Verwaltungen zu überlassen. Soweit der rasche wirtschaftlich-technologische Wandel neue politische Aufgaben aufwirft, dürfen diese nicht den Verwaltungen und Gerichten überlassen bleiben, sondern sie müssen von den Parlamenten wahrgenommen werden.

### These 3

#### Föderalismus

Die Liberalen sehen eine föderative Ordnung der Bundesrepublik als eine wesentliche Grundlage einer liberalen Verfassungsordnung an. Denn Föderalismus bedeutet zusätzliche Gewaltenteilung, Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und stärkere Bürgernähe des Staates und aller Staatsgewalten.

Wo bisher eine Bundeskompetenz nicht besteht, bundeseinheitliche Regelungen aber um der Rechtsgleichheit willen geboten oder politisch gewünscht sind, hat sich eine Grauzone von Konferenzen der Ministerpräsidenten oder der Fachminister gebildet. In dieser Grauzone werden Vereinbarungen und Absprachen getroffen, von denen die Länderparlamente häufig allein deshalb nicht abweichen wollen, weil sie damit die gemeinsame Regelung gefährden würden. – So wird Bundeseinheitlichkeit auf Kosten der Parlamente erreicht und so werden sowohl der Föderalismus als auch der Vorrang der Legislative ad absurdum geführt. Das gleiche gilt für Staatsverträge zwischen Bundesländern.

Die F.D.P. fordert: Dort, wo die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse eine einheitliche Regelung notwendig erscheinen läßt, sind die Zuständigkeiten von Bund und Ländern neu zu überdenken. Wo das nicht der Fall ist, Pluralität und Differenziertheit vielmehr wünschenswert sind, muß die Kompetenz der Länder erhalten bleiben bzw. neu begründet werden. Die Verlagerung von Zuständigkeiten auf nicht mehr direkt durch Parlamente kontrollierte Organe verletzt das Prinzip der repräsentativen Demokratie. Im kommunalen Bereich sind Organisationsformen zu finden, die eine Kontrolle von Verbandsorganen durch den Bürger möglich machen.

Bund, Ländern und Gemeinden müssen die materiellen und organisatorischen Mittel für die Durchführung ihrer Entscheidungen zur Verfügung stehen. Dazu müssen sowohl Maßnahmen der Länder- und Gemeindereform in Angriff genommen wie auch die bestehenden Mischfinanzierungen (etwa bei den Gemeinschaftsaufgaben) abgeschafft werden.

#### **These 4**

##### **Parteien**

Liberaler Demokratie erfordert das Prinzip der untereinander konkurrierenden Parteien.

Die Konkurrenz der Parteien muß für den Bürger als Angebot konkreter politischer Alternativen und im verantwortlichen Handeln anhand offengelegter Problemlösungsansätze und zusammenhängender Konzepte sichtbar werden.

Die Parteien haben nach der Verfassung zwar eine herausgehobene, aber keine Monopolstellung inne. Parteien sollten daher keinen Alleinvertretungsanspruch für politische Willensbildung erheben.

Die zunehmend feststellbare Distanz der Parteien von den Bürgern muß in Anbetracht des steigenden Problemdrucks baldmöglichst verringert werden, wenn die Legitimation und die Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Parteienstaates gewährleistet sein sollen.

Aufgrund der herausgehobenen Stellung der Parteien in der politischen Willensbildung sind an ihre innere demokratische Struktur besondere Anforderungen zu stellen. Das gilt vor allem für die Prinzipien der Öffentlichkeit und des Minderheitenschutzes.

Eine Voraussetzung für einen Wandel des Verhältnisses zwischen Parteien und Bürgern ist eine Erweiterung der Informations- und Kommunikationsbereitschaft.

#### **These 5**

##### **Verbände**

Liberaler Politik hält die Tätigkeit von Verbänden in der freien und offenen Gesellschaft für notwendig und legitim. Sie verkennt nicht, daß Interessen der Allgemeinheit und von sozial Schwachen sich gegen übermächtige organisierte Interessen oft nicht durchsetzen können. Sie nimmt Partei für solche unterrepräsentierte Interessen und setzt sich dafür ein, Verzerrungen pluralistischer Einfluß- und Verteilungsstrukturen durch bewußte politische Willensbildungsprozesse auszugleichen. Die Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder begründet den Auftrag der Verbände. Ziel liberaler Politik muß es folglich sein, Übermacht, Verselbständigung und Mißbrauch organisierter Interessen zu begegnen. Verbände, die den Anspruch erheben, im staatlichen Willensbildungsprozeß beteiligt zu werden, müssen ihre demokratische Legitimation nachweisen und stärkere Transparenz verbandlicher Aktivitäten im politischen Raum herstellen. Verfälschungen zwischen staatlichen Instanzen und Verbänden sind energisch zu bekämpfen.

Zur Sicherung demokratischer Legitimation und zur Kontrolle der Verbände ist nach liberaler Auffassung ein Verbändegesetz nicht erforderlich. Ein Verbändegesetz kann wegen der unterschiedlichen Struktur der Verbände wenig konkrete Forderungen verwirklichen und bringt gleichzeitig auch freie Verbände in die Gefahr staatlicher Disziplinierung.

#### **These 6**

##### **Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen**

Demokratische Willensbildung fordert die Möglichkeit politischer Betätigung auch außerhalb von Parteien und Verbänden. Liberale halten es für selbstverständlich, daß Bürger politische Ziele spontan, zeitlich und örtlich begrenzt und ohne vorgegebene Verknüpfung mit anderen Zielen verfolgen.

Bürgerinitiativen sind aber auch das äußerlich erkennbare Zeichen eines mit Sorge zu beobachtenden Vertrauensschwundes des Bürgers in die Fähigkeit der Parteien und Parlamente, die anstehenden gesellschaftlichen Probleme angemessen zu lösen.

Dennoch sind Bürgerinitiativen infolge ihrer Bindung an ein thematisch begrenztes Problem und der Zielsetzung partikulärer Interessen kein Ersatz für Parteien. Diese müssen übergreifende Interessen berücksichtigen, während Bürgerinitiativen auch Ziele verfolgen können, die durchaus nicht immer im Einklang mit den gesellschaftlichen Bedürfnissen stehen müssen.

Bürgerinitiativen beleben aufgrund ihrer Flexibilität die Arbeit in den Parlamenten und Parteien, indem sie dazu beitragen, daß politische Entscheidungen kritisch überprüft und gegebenenfalls korrigiert werden, und indem sie so die verantwortlichen Politiker dazu zwingen, sich mit den Wünschen der betroffenen Bevölkerung auseinanderzusetzen; damit stellen Bürgerinitiativen auch nicht, wie vielfach behauptet wird, eine Gefahr für das parlamentarische System dar.

Unter Beachtung dieser Aspekte bejaht die F.D.P. das Engagement von Bürgern in Bürgerinitiativen sowie eine verantwortliche Mitbeteiligung der Bürger.

Nach diesem sich im vorparlamentarischen Raum vollziehenden Dialog zwischen Bürgerinitiativen und Parteien haben die von der Verfassung vorgesehenen Organe die Entscheidungen zu treffen und politisch zu verantworten.

#### **These 7**

##### **Bürgerrechte**

Das wichtigste und vornehmste politische Recht des Bürgers ist sein Wahlrecht. In der repräsentativen Demokratie kommt es entscheidend darauf an, die Einflußmöglichkeiten des Wählers bei der Ausübung seines Wahlrechts zu stärken. Bei der Fülle und der zunehmenden Schwierigkeit politischer Entscheidungen ist der Bürger genötigt, bei der Wahl einen Vertrauensbeweis auf Zeit zu bekunden. Deshalb darf dem Wähler keine Zustimmung zu vorgegebenen Parteilisten abgefordert, die Auswahl unter den Kandidaten aber vorenthalten werden. Die Liberalen fordern deshalb die Einführung eines Wahlrechts mit

halb-offenen Listen im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Auf der überschaubaren bürgernahen Ebene der Gemeinden soll der Bürger auch durch das Mittel des Bürgerbegehrens zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten, wie dies die F.D.P. in ihren Mainzer Leitlinien zur Kommunalpolitik gefordert hat.

### **These 8 Gleiche Chancen der politischen Beteiligung**

Die Liberalen fordern: jeder Bürger muß sich unabhängig von seiner persönlichen Stellung politisch beteiligen können. Bestehende berufliche und soziale Ungleichheit ist daher abzubauen. Das kann dadurch erfolgen, daß die Vorteile bestimmter Gruppen wie öffentlicher Dienst oder Verbandsfunktionäre auf andere ausgedehnt oder diese Vorteile abgebaut werden. Das Ziel, die Chancen von politikfernen Gruppen zu erhöhen, kann u. a. durch materiellen Ausgleich, durch Arbeitsplatzgarantien oder durch angemessene Arbeitszeitregelungen erreicht werden.

## **Zweiter Abschnitt: Bürger und Verwaltung**

### **These 1 Vorrang des einzelnen**

Das liberale Prinzip des Vorrangs des einzelnen vor den Institutionen gilt auch für das Verhältnis des Bürgers zum demokratischen Staat und zur Verwaltung. Daraus folgt, daß jede Einschränkung der Freiheit des einzelnen zugunsten des Staates und der Verwaltung der Begründung bedarf und nicht umgekehrt.

### **These 2 Politische Planung**

Liberalismus bejaht vorausschauend und aktiv gestaltende Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Ohne sie lassen sich Freiheit und soziale Gerechtigkeit nicht verwirklichen.

Liberaler Staatspolitik fordert, daß die Parlamente über die Zielsetzungen politischer Planung entscheiden und bei der Fortführung der Planung angemessen beteiligt werden. In allen Planungsbereichen muß frühzeitig Öffentlichkeit hergestellt werden.

Parlament und Regierung müssen ihre politische Steuerungs- und Kontrollfunktion entschlossen wahrnehmen, indem sie politische Planung als aktive Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung begreifen und realisieren.

### **These 3 Bürgerbeteiligung am Planungsprozeß**

Die Verwaltung nimmt immer mehr Leitungs- und Planungsaufgaben in Bereichen wahr, in denen eine parlamentarische Kontrolle nicht stattfindet. Deshalb muß sichergestellt werden, daß nicht am Bürger vorbeigeplant wird. Stärkere Bürgerbeteiligung am Planungsprozeß ist notwendig.

Bürgerbeteiligung muß dort institutionalisiert werden, wo Bürgerinteressen unmittelbar betroffen sind. Deshalb setzen sich die Liberalen unter anderem für die Einführung von Verbandsbeteiligung und Verbandsklage in geeigneten Fällen ein. Sie fordern die Stärkung lokaler Selbstverwaltung in eigener Verantwortlichkeit.

### **These 4 Bürgernahe Verwaltung**

Öffentliche Verwaltung muß auch unter den Bedingungen moderner Leitungs- und Planungsaufgaben bürgernah gestaltet werden. Die Entwicklung über die staatliche Ordnungsverwaltung hinaus zu einer Dienstleistungsverwaltung muß sich im Verhältnis zum Bürger niederschlagen.

Dieser Forderung muß der öffentliche Dienst auch bei der Auswahl und Ausbildung seiner Mitarbeiter gerecht werden.

### **These 5 Dienstrechtsreform**

Liberaler Staatspolitik tritt dafür ein, das Dienstrecht aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten funktionsgerecht fortzuentwickeln mit dem Ziel, gleiche Sachverhalte gleich zu regeln und unabhängig von Statusfragen die Rechte und Pflichten aller öffentlichen Bediensteten so weit wie möglich zu vereinheitlichen. Die Durchlässigkeit zwischen bisher getrennten Laufbahnen ist herzustellen.

Entscheidendes Kriterium für Verwendung, Einstufung und Bezahlung muß bei allen Bediensteten Eignung und Leistung sein.

### **These 6 Verwaltungsreform**

Der veränderten Funktion der öffentlichen Verwaltung im sozialen Rechtsstaat muß auch ein verändertes Verhältnis der Verwaltung zum Bürger entsprechen, die diesen als mitwirkungsberechtigten Partner bei der Lösung öffentlicher Aufgaben verstehen muß.

Die öffentliche Verwaltung muß für neue Formen des Managements gewonnen werden und hierbei auch Erfahrungen aus dem betriebswirtschaftlichen und dem internationalen Bereich aufnehmen.

## Dritter Abschnitt: Rechtsstaat

### These 1

#### Sicherung des Rechtsstaates

Die Sicherung und Erweiterung des Rechtsstaates ist für die F.D.P. seit ihrer Gründung Schwerpunkt liberaler Politik in Regierung und Opposition. Sie wird sich in dieser Haltung auch nicht durch die Herausforderung des Terrorismus beirren lassen. Das Festhalten an ihren Prinzipien auch in schwierigen Zeiten stellt die wichtigste Bewährungsprobe für Liberale dar.

### These 2

#### Bewährung des Rechtsstaates auch in der Abwehr des Terrorismus

Terroristischen Aktionen muß mit rechtsstaatlichen Mitteln begegnet werden. Jedes Abweichen vom rechtsstaatlichen Weg ist im Sinne der Terroristen, die gerade hoffen, der Rechtsstaat werde sich durch seine Reaktion selbst aushöhlen. Die F.D.P. hält nicht die ständige Verschärfung strafrechtlicher und strafverfahrensrechtlicher Bestimmungen für geboten, sondern hält eine weitere Verbesserung der Strafverfolgungsmöglichkeiten, eine verbesserte Regelung der Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane sowie internationale Abkommen zur Bekämpfung des Terrorismus für entscheidend.

Die Liberalen denken u. a. an folgende Maßnahmen:

- Verbesserung des Personalbestandes, der Ausstattung, Ausbildung und Koordinierung der Polizei und des Verfassungsschutzes,
- drastische Verschärfung des Waffengesetzes,
- Intensivierung des Bankenschutzes.

Sie begrüßen Bestrebungen, Eröffnung und Ablauf von Strafverfahren im Rahmen der bestehenden Rechtsgrundsätze zu verkürzen.

Sie lehnen jedoch

- jede Art der Überwachung der Gespräche zwischen Verteidiger und inhaftierten Mandanten,
  - Sicherungsverwahrung über den jetzigen Rahmen hinaus schon nach erster Verurteilung, es sei denn für Täter, die besonders schwere Verbrechen wie Mord, erpresserischen Menschenraub, Herbeiführung einer Explosion durch Kernenergie und schwere Sexualverbrechen begangen haben (auf der Grundlage der Vorschläge des Alternativentwurfs der Strafrechtsprofessoren),
  - Anhebung der derzeitigen Freiheitsstrafe auf 20 Jahre und die Wiedereinführung der Todesstrafe
- ab.

Die F.D.P. fordert eine Novellierung des Kontaktsperregesetzes mit dem Ziel, für die Dauer der Kontaktsperre dem Betroffenen einen Pflichtverteidiger beizuordnen und diesen im Bestätigungsverfahren hinzuzuziehen.

### These 3

#### Ursachen des Terrorismus

Die F.D.P. fordert eine sachbezogene und vertiefte Diskussion über die Ursachen des Terrorismus. Sie wendet sich dabei entschieden gegen alle Versuche, rechtsstaatlich und demokratisch gesinnte Bürger, die sich auch der klar geführten geistigen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus stellen, als Förderer, Sympathisanten oder Verharmloser zu diffamieren.

### These 4

#### Einheitliches Polizeigesetz

In einem liberalen Rechtsstaat ist die Polizei notwendiges Organ zur Bewahrung und zum Schutz von Rechten und Freiheiten. Darum bedarf sie des Vertrauens der Bürger.

Es ist Aufgabe der politischen Repräsentanten, ebenso durch wirksame Kontrolle die polizeiliche Tätigkeit auf diese rechtsstaatlichen Aufgaben zu beschränken, wie auf der anderen Seite die Polizei vor ungerechtfertigten Angriffen gegen ihre Tätigkeit im Rahmen der Rechtsordnung zu schützen.

Die Ausbildung, Ausrüstung und Organisation der Polizei darf nicht an dem Ziel ausgerichtet sein, ein Höchstmaß an Machtmitteln einsetzen zu können. Sie muß vielmehr sicherstellen und ausschließlich daran orientiert sein, daß die Polizei ihre Aufgabe im Interesse des Bürgers und des Rechtsstaates wirksam erfüllen kann.

Deshalb fordert die F.D.P. die Einführung eines einheitlichen Polizeigesetzes in allen Bundesländern.

Dabei sind Tatbestände, die zum Regelungsbereich der Strafprozeßordnung gehören, dort aufzunehmen.

Die gesetzliche Regelung des Schußwaffengebrauchs muß im Interesse der Rechtssicherheit und polizeilichen Handlungsfähigkeit eindeutig sein und darf nicht über das bei dieser Aufgabenstellung unbedingt Erforderliche hinausgehen. Der Einsatz von Schußwaffen darf stets nur das letzte und äußerste Mittel zur Verteidigung des Rechts sein. Die objektive Grenze des strafrechtlichen Nothilferechtes darf auch von der Polizei nicht überschritten werden. Die Entwicklung und der Einsatz polizeitypischer, unblutiger Waffen muß unbedingt den Vorrang haben.

# Bildung und Beschäftigung der jungen Generation

## These 1

### Recht auf Bildung

Das Recht der Jugendlichen auf Zugang zu Bildungsmöglichkeiten ist von entscheidender Bedeutung für ihre weiteren Chancen der Lebensgestaltung. Ihre persönliche Selbstverwirklichung und insbesondere ihre beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten im Beschäftigungssystem hängen weitgehend von den Bildungsvoraussetzungen ab. Das Recht auf Bildung muß gewährleistet werden.

Die Jugendlichen der geburtenstarken Jahrgänge haben grundsätzlich den gleichen Anspruch wie die Jahrgänge vor und nach ihnen auf Zugang zu Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Vordringliche Zielsetzung liberaler Gesellschaftspolitik ist, diese sozialen Grundrechte auch für alle Jugendlichen dieser Jahrgänge zu verwirklichen.

Grundlegendes Erfordernis zur Verwirklichung dieser Ziele ist die Erweiterung der Ausbildung und der Beschäftigungsmöglichkeiten im Umfang des Bevölkerungszuwachses, der durch die geburtenstarken Jahrgänge zustande kommt. Die Notwendigkeit des Angebots zusätzlicher qualifizierter Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche der geburtenstarken Jahrgänge verweist darauf, daß die aktuellen Probleme nur durch einen Ausbau der Bildungs- und Ausbildungsplätze einerseits sowie durch eine Fortführung und Intensivierung der begonnenen Reformen der Struktur des Bildungswesens (vgl. Stuttgarter Leitlinien) andererseits zu lösen sind. Daher ist qualitativ orientierte Beschäftigungspolitik Voraussetzung zur Sicherung der sozialen Grundrechte der nachwachsenden Generation.

Das zu unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gehörende freiheitliche Klima wird entscheidend schon in der Schule geprägt. In einer stark auf Leistung und Wettbewerb hin orientierten Gesellschaft kann auch die Schule auf eine pädagogisch begründete Leistung nicht verzichten. Es muß aber verhindert werden, daß die quantitativen Pro-

bleme im Bildungs- und Beschäftigungssystem zu überzogenen inhumanen Leistungsanforderungen führen, die den Bildungsauftrag der Schulen und das pädagogische Klima in den Schulen beeinträchtigen. Die kind- und jugendgerechte demokratische Schule darf kein „Zuteilungsamt“ für Berufs- und Sozialchancen sein. Ihr oberstes pädagogisches Prinzip heißt „fördern“ – nicht auslesen.

## These 2

### Ausweitung der Bildungskapazitäten

Das Recht auf Bildung für alle Jugendlichen, auch der geburtenstarken Jahrgänge, kann nur gewährleistet werden, wenn eine erhebliche Ausweitung der beruflichen und schulischen Ausbildungskapazitäten erfolgt. Dieser Ausbau darf nicht wegen angeblich fehlenden gesellschaftlichen Bedarfs unterlassen werden. Bildungsplanung darf nicht auf einen scheinbar eindeutigen und fixierten Bedarfsmaßstab ausgerichtet werden. Sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft im ganzen ist der Erwerb qualifizierter Bildung wertvoll.

Als ein rohstoffarmes und exportorientiertes Land ist die Bundesrepublik Deutschland auf einen möglichst hohen wissenschaftlichen Standard angewiesen. Eine Politik des Qualifikationsüberschusses und Qualifikationsvorrats, die insbesondere auch die Schwankungen der Bevölkerungsentwicklung ausgleicht, ist daher notwendig und sinnvoll. Angesichts der quantitativen Probleme im kommenden Jahrzehnt gibt es auch keine arbeitsmarktpolitischen Argumente gegen die Ausweitung aller Bildungsbereiche.

Dies um so weniger, als nach Abebben der geburtenstarken Jahre ab Mitte der 80er Jahre wieder geburtenschwache Jahrgänge in das Beschäftigungssystem übergehen mit der Folge, daß ein Rückgriff auf qualifizierte Arbeitskräfte früherer Jahrgänge erforderlich sein wird.

Der veränderte Zugang zu den Bildungseinrichtungen der oberen Stufen darf nicht zu einer Verschlechterung der Klassenfrequenzen führen. In den Bildungseinrichtungen der unteren Stufen soll aufgrund des dort jetzt vorhandenen Personals eine Verringerung der Gruppen- und Klassenfrequenzen auf das pädagogisch erwünschte Maß erreicht werden.

## These 3

### Schule und berufliche Bildung

Die notwendige Erhöhung der Ausbildungskapazitäten, verbunden mit einer verbesserten Qualität der Ausbildung, erfordert in den einzelnen Bildungsstufen besondere Anstrengungen. Dazu gehört vor allem:

— stufenweise Einführung eines 10. Pflichtschuljahres mit berufsorientierenden Inhalten,

- die durchgängige Einführung des Berufsgrundbildungsjahres, das voll auf die Ausbildung anzurechnen ist,
- der Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungsstätten; die Möglichkeit einer beruflichen Vollausbildung muß an diesen Ausbildungsstätten eröffnet werden,
- der Ausbau der beruflichen Teilzeit- und Vollzeitschulen,
- verbesserte Abstimmung der Lehrpläne und Ausbildungsordnungen,
- Verzahnung berufsqualifizierender und allgemeinbildender Bildungsgänge (u. a. Doppelqualifikation) und Ausbau entsprechender Einrichtungen,
- Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Ausbildungsplatzförderung.

Zusätzlicher Förderung bedürfen Sonderschulabgänger und Jugendliche ohne schulformbezogenen Abschluß. Für sie sind differenziertere Angebote an angemessenen Ausbildungsabschlüssen und berufsbefähigenden Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Für Kinder von Ausländern sind die Voraussetzungen für gleiche Ausbildungsmöglichkeiten wie für deutsche Jugendliche zu schaffen.

#### **These 4**

##### **Vordringliche Maßnahmen zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit**

Um zusätzliche Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen zu schaffen, die von der Gefahr der Jugendarbeitslosigkeit am ehesten betroffen sind, müssen Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik fachlich und institutionell eng zusammenwirken. Die Vielzahl denkbarer Maßnahmen seitens aller Verantwortlichen in Staat und Wirtschaft muß gebündelt und aufeinander abgestimmt werden.

In diesem Sinn sind Entscheidungen zur Verknüpfung und Verwirklichung folgender zusätzlicher Maßnahmen vordringlich:

- größeres Angebot an berufsvorbereitenden Lehrgängen,
- aufklärende Bildungswerbung bei den Eltern und Jugendlichen,
- Ausbau und Verbesserung der Berufsberatung,
- erweitertes Fortbildungsangebot für Ausbilder,
- besondere Hilfen für Behinderte,
- besondere Beschäftigungs- und Mobilitätshilfen für arbeitslose Jugendliche unter Einbeziehung in das Arbeitsförderungsgesetz,
- Meldepflicht für nicht besetzte Ausbildungsplätze,
- Einführung einer Meldepflicht für arbeitslose Jugendliche,
- umfassende Unterrichtung der Betriebe und Werbung zur Bereitstellung von Ausbildungsangeboten über den innerbetrieblichen Bedarf hinaus, eingeschlossen den öffentlichen Dienst,
- Ablösung des Teitzeitunterrichts für Jugendliche ohne Ausbildungsverhältnis durch einen einjährigen Vollzeitunterricht.

#### **These 5**

##### **Hochschulbereich**

Zur Gewährung der Bildungschancen sind die Ausbildungskapazitäten im gesamten Hochschulbereich angemessen auszuweiten und besser zu nutzen. Es muß Vorsorge getroffen werden, bis Mitte der 80er Jahre zumindest vorübergehend die Ausbildungskapazitäten für über 1 Mio Studenten auszuweiten.

Die Liberalen beharren auf der notwendigen Bereitstellung ausreichender Kapazitäten, damit Zulassungsbeschränkungen junge Menschen nicht von der Hochschule auf einen anderen Ausbildungsweg verweisen und andere Ausbildungsbereiche belasten.

Die quantitative Ausweitung der Studienkapazitäten muß jedoch eng verknüpft sein mit einer qualitativen Verbesserung der Hochschulausbildung. Dabei ist sicherzustellen, daß die personelle Ausstattung der Hochschulen dem Ausbau entspricht und daß durch eine inhaltliche Studienreform die Studiendauer gesenkt werden kann. Um die Orientierung des Studiums sowohl an den Notwendigkeiten der Berufswelt als auch an der Erhaltung von vielfältigen Chancen der Lebensgestaltung sicherzustellen, ist die Entwicklung integrierter Studiengänge anzustreben.

Die Hochschulausbildung soll auf ein weites Tätigkeitsfeld praxisorientiert vorbereiten und die Studenten in die Lage versetzen, die gesellschaftliche Funktion und Bedeutung ihrer späteren Position im Berufsleben zu erkennen.

#### **These 6**

##### **Strukturelle Veränderungen im Bildungs- und Beschäftigungssystem**

Im Bildungssystem soll die enge Ausrichtung der Bildungsgänge auf spezielle Berufsqualifikationen durch die Orientierung an breiteren Berufsfeldqualifikationen abgelöst werden. Der Grundsatz eines einmaligen Erwerbs einer spezialisierten Berufsqualifikation ist zu ersetzen durch das Prinzip der wiederkehrenden Lernphasen, das auf den Erwerb berufsbefähigender Grundqualifikationen und die Einschaltung weiterer Qualifizierungsphasen während des Berufslebens abzielt. Die Lerninhalte sind darauf abzustimmen. Die Bildungsplanung soll vorbereiten, daß in den 80er Jahren schrittweise erhebliche Teile des Bildungssystems auf Fort- und Weiterbildungsfunktionen umgestellt werden können.

Im Beschäftigungssystem ist durch Struktur- und Beschäftigungspolitik eine Steigerung der Anwendungsmöglichkeiten für ein auf allen Ebenen ausgeweitetes Qualifikationspotential anzustreben. Der Bedarf für gering qualifizierte Arbeitskräfte wird nicht zunehmen. Andererseits steigt die Zahl der Erwerbspersonen mit verbesserter Qualifikation. Eine qualitativ orientierte Beschäftigungspolitik muß also darauf ausgerichtet sein, mehr Arbeitsplätze mit höherem Qualifikationsniveau zu schaffen.

## **These 7**

### **Entkoppelung von formalem Bildungsgrad und Einkommenshöhe**

Rechtliche Regelungen im öffentlichen und privaten Bereich, die bisher eine starre Koppelung von formalem Bildungsgrad, Einkommenshöhe und sozialem Rang festlegen, müssen beseitigt werden.

Die Beschäftigungspolitik hat zwar dafür zu sorgen, daß jedermann eine Beschäftigung finden und seine Qualifikation beruflich sinnvoll nutzen kann; sie kann und soll aber keine Garantie dafür übernehmen, daß die Inhaber formal hoher Bildungsabschlüsse hohe Einkommensstufen erreichen.

## **These 8**

### **Ausbildung und Beschäftigung im öffentlichen Dienst**

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kommt dem öffentlichen Dienst einschließlich der öffentlichen Unternehmen eine wesentliche Bedeutung zu. Der öffentliche Dienst soll zusätzliche, über seinen unmittelbaren Eigenbedarf hinausgehende Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen.

Diese Ausbildungsplätze sollen vor allem für solche Tätigkeiten verstärkt angeboten werden, die von den Absolventen später auch außerhalb des öffentlichen Dienstes ausgeübt werden können, auch wenn sie keinen Anspruch auf eine anschließende Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst beinhalten.

Darüber hinaus sollen zusätzliche Arbeitsplätze in den Funktionsbereichen des öffentlichen Dienstes angeboten werden, in denen die Notwendigkeit besteht, Erweiterungen und Verbesserungen des Leistungsangebotes vorzunehmen (z. B. Finanzverwaltung, Bildungswesen, kommunale Dienste, soziale Einrichtungen). Die dringenden beschäftigungspolitischen Aufgaben sollten zum Anlaß genommen werden, diese Ziele zu realisieren. Sie können jedoch nicht losgelöst von den Finanzierungsmöglichkeiten verfolgt werden, die auch von Niveau und Struktur der Besoldungen im öffentlichen Dienst abhängen.